

Stenographisches Protokoll

über die

35. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 1. Februar 1910.

Inhalt.

Petitionen.

Auflage.

Zuweisung von Vorlagen des Landes-Ausschusses, und zwar:

1. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses, über die Petition der steiermärkischen Ärztekammer um einen Zuschuß zum Unterstützungsfond für hilfsbedürftige, erwerbsunfähige Witwen und Waisen von Ärzten (Beilage Nr. 307),
2. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend den Verkauf von landschaftlichen Grundstücken in der Katastralgemeinde Weng an die k. k. österreichischen Staatsbahnen für Zwecke der Stationserweiterung in Glatteboden (Beilage Nr. 310),
3. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit den Bededungsanträgen zu dem Landesfondsvoranschlage für das Jahr 1910, Beilage Nr. 3 (Beilage Nr. 313),
an den Finanz-Ausschuß;
4. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Entwurfes eines Gesetzes, betreffend die Herstellung von Kanälen zur Ableitung der Niederschlags- und Abfallwässer, sowie die Entrichtung einer Gebühr für die Einschlauchung der Haus- und Gebäudekanäle in die öffentlichen Kanäle in der Stadtgemeinde Fürstenfeld (Beilage Nr. 311),
5. des Berichtes des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Entwurfes eines Gesetzes, betreffend die Herstellung von Kanälen zur Ableitung der Niederschlags- und Abfallwässer, sowie die Entrichtung einer Gebühr für die Einschlauchung der Haus- und Gebäudekanäle in die öffentlichen Kanäle in der Gemeinde Waltendorf (Beilage Nr. 312),
an den Sonder-Ausschuß für Gemeinde-Angelegenheiten.

Fortsetzung der Verhandlung über die Anträge des Finanz-Ausschusses zum Voranschlage der steiermärkischen Landes-

fonde für das Jahr 1910, Beilage Nr. 3. (Beilage Nr. 296 und ad 296, Nachtrag hiezu.)

Beginn der Sitzung 10 Uhr 20 Minuten vormittag.

Vorsitzender: Landeshauptmann Exzellenz Edmund Graf Attems.

Schriftführer: Die Abgeordneten Alois Kiegler und Josef Wolfbauer.

Von Seite der Regierung anwesend: K. k. Statthaltereivizepräsident Dr. Eugen Metolitzka.

Landeshauptmann: Das Haus ist beschlußfähig; ich erkläre daher die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll der letzten Sitzung ist aufgelegt, Einwendung wurde gegen dasselbe keine erhoben und erkläre ich es somit für genehmigt.

Von den eingelangten Petitionen beantrage ich dem Finanz-Ausschuße zuzuweisen (liest):

„Petition Nr. 640, der Luise Schinner, Lehrerswitwe in Graz, um einen Krankenbeitrag. (Überreicht durch Abgeordneten Prisching.)“

„Petition Nr. 641, der Maria Buzas, verwitweten Profuma, pensionierten Lehrerin in Graz, um Dienstzeiteinrechnung. (Überreicht durch Abgeordneten Gerlich.)“

„Petition Nr. 643, des Franz Wurdinger, Oberlehrers in Preding, um Zuerkennung von Quinquennalzulagen. (Überreicht durch Abgeordneten Größwang.)“

Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungs-Antrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheinen diese Petitionen

als dem Finanz-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen.

Die nunmehr zur Verlesung gelangende Petition beantrage ich, dem Sonder-Ausschusse für Gemeinde-Angelegenheiten zur Vorberatung zuzuwiesen (liest):

„Petition Nr. 642, des Bezirks-Ausschusses Murau, um Gegenäußerung über den vom Landtags-Abgeordneten Alois Riegler eingebrachten Antrag wegen Auszahlung von Quotengeldern durch die Bezirks-Ausschüsse an die Pflegeparteien. (Überreicht durch Abgeordneten v. Fehrer.)“

Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungs-Antrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheint diese Petition als dem Sonder-Ausschusse für Gemeinde-Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Die nunmehr zur Verlesung gelangende Petition beantrage ich, dem Eisenbahn-Ausschusse zur Vorberatung zuzuwiesen (liest):

„Petition Nr. 639, der Gemeinde St. Marein am Pöckelbach, um Förderung des Eisenbahnprojektes Studenzen—Leibnitz via St. Marein—Edelstauden—Kirchbach u. s. w. statt der projektierten Strecke Studenzen via Mähltheuer—Tiefenitz—Hochegg—Magendorf nach Kirchbach u. s. w. (Überreicht durch Abgeordneten Wagner.)“

Ist hinsichtlich des von mir gestellten Zuweisungs-Antrages etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Es ist dies nicht der Fall, demnach erscheint diese Petition als dem Eisenbahn-Ausschusse zur Vorberatung zugewiesen.

Aufgelegt wurde heute:

Das amtliche Protokoll über die 25. Sitzung der I. Session in der X. Landtags-Periode des steiermärkischen Landtages vom 17. Jänner 1910.

Das amtliche Protokoll über die 26. Sitzung der I. Session in der X. Landtags-Periode des steiermärkischen Landtages vom 18. Jänner 1910.

Das amtliche Protokoll über die 27. Sitzung der I. Session in der X. Landtags-Periode des steiermärkischen Landtages vom 20. Jänner 1910.

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die Petition der Insassen der Ortschaft Deutsch-Nadersdorf um Trennung der Ortsgemeinde Blippitz im Gerichtsbezirke Nadersburg. (Beilage Nr. 314.)

Das Verzeichnis Nr. 57 mit Bericht und Anträgen über die dem Finanz-Ausschusse zugewiesenen Petitionen Nr. 343, 176, 350, 496, 444 und 502.

Wir gehen nunmehr zur Tagesordnung über.

Der erste Gegenstand derselben ist der **Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses über die Petition der steiermärkischen Ärztekammer um einen Zuschuß zum Unterstützungsfonde für hilfsbedürftige, erwerbsunfähige Witwen und Waisen von Ärzten.** (Beilage Nr. 307.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. Hofmann v. Wellenhof: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses, betreffend den Verkauf von landschaftlichen Grundstücken in der Katastralgemeinde Weng an die k. k. österreichischen Staatsbahnen für Zwecke der Stationserweiterung in Gfatterboden.

(Beilage Nr. 310.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses v. Fehrer: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Entwurfes eines Gesetzes, betreffend die Herstellung von Kanälen zur Ableitung der Niederschlags- und Abfallwässer sowie die Entrichtung einer Gebühr für die Einschlauchung der Haus- und Gebäudekanäle in die öffentlichen Kanäle in der Stadtgemeinde Fürstenfeld.

(Beilage Nr. 311.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses v. Fehrer: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Sonder-Ausschuß für Gemeinde-Angelegenheiten.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit Vorlage des Entwurfes eines Gesetzes, betreffend die Herstellung von Kanälen zur Ableitung der Niederschlags- und Abfallwässer sowie die Entrichtung einer Gebühr für die Einschlachtung der Haus- und Gebäudekanäle in die öffentlichen Kanäle in der Gemeinde Waltendorf.

(Beilage Nr. 312.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses v. Fehrer: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Sonder-Ausschuß für Gemeinde-Angelegenheiten.

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

Bericht des steiermärkischen Landes-Ausschusses mit den Bedeckungsanträgen zu dem Landesfondsvoranschläge für das Jahr 1910, Beilage Nr. 3.

(Beilage Nr. 313.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses, hinsichtlich der formellen Behandlung dieser Vorlage einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Stallner: Ich beantrage die Zuweisung dieses Gegenstandes an den Finanz-Ausschuß.

Abg. Jodlbauer (A. W. Eggenberg): Hohes Haus! Es ist der Antrag gestellt, die Beilage Nr. 313, in der die Bedeckungsanträge des Landes-Ausschusses zum Voranschläge für das Jahr 1910 enthalten sind, dem Finanz-Ausschusse zur Vorberatung und Berichterstattung zuzuweisen.

Ich und meine Parteigenossen sind nicht in der Lage, für die Zuweisung des Berichtes des Landes-Ausschusses an den Finanz-Ausschuß zu stimmen, und zwar deshalb nicht, weil, wie aus der Vorlage zu ersehen ist, die Bedeckungsvorschläge, die gemacht werden, solcher Art

sind, daß vor allem die breiten Schichten der Bevölkerung neuerliche und ganz bedeutende Lasten auf sich nehmen sollen.

So wird unter den Bedeckungsanträgen die Erhöhung der Landesumlagen auf die Hauszinssteuer von 50 auf 56 Prozent in Antrag gebracht. Die Erhöhung der Hauszinssteuer bedeutet nicht eine Belastung des Realbesitzes, bedeutet nicht eine Belastung der Herren, die auf Grund von Steuern, welche von anderen bezahlt werden, ganz bedeutende politische Vorrechte beanspruchen, sondern bedeutet eine schwere Belastung des ärmsten Teiles der Bevölkerung, der infolge seiner Armut gezwungen ist, in Häusern fremder Leute zu wohnen.

Die Organisation der Hausherren hat bereits angekündigt, daß sie kraft ihrer Organisation alles zu tun versuchen wird, um jede Erhöhung einer Steuer im doppelten Ausmaße auf die Mieter abzuwälzen.

Es ist weiter in den Bedeckungsanträgen ein ganz merkwürdiger Satz enthalten, er lautet (liest):

„Zur Abgangsdeckung sind ferner zu verwenden:

- a) Die Erträgnisse der Landesaufgabe auf den Verbrauch von Bier im Grunde des am 30. Dezember 1909 beschlossenen Landesgesetzes im Ausmaße von 2, beziehungsweise 4 K für den Hektoliter.“

Es berührt sehr merkwürdig, daß der Landes-Ausschuß in diesen Bedeckungsanträgen Verstecken spielt. Es ist gesagt, im Ausmaße von 2 bis 4 K muß halt diese Steuer eingehoben werden. Das sieht aus, als ob die Frage noch offen wäre, ob 2 oder 4 K eingehoben werden sollen. Es ist jedoch bereits die Ziffer von 2,100.000 K als Ertrag dieser Steuer eingesetzt, und aus den früheren Darlegungen in den Bedeckungsanträgen geht hervor, daß diese Ziffer von 2,100 000 K gewonnen ist aus der Annahme, daß der Landtag die Biersteuer im Ausmaße von 4 K anstatt wie bisher von 2 K zur Einhebung beschließt.

Auch das ist eine Belastung, die vor allem die breiten Massen des Volkes tragen.

Und es ist vor allem ein Fortfahren auf dem bisherigen Geleise, daß alle Ausgaben, die gemacht werden, zu Gunsten des Besitzes gemacht werden, daß der Besitz, der auf Grund eines Wahlvorrechtes hier im besonderen Maße vertreten ist, aus den Mitteln des Landes die weitestgehenden Vorteile zieht und daß die breiten Massen der Bevölkerung, die in diesem hohen Hause nahezu enterchtet sind, die Mittel für diese Wirtschaft aufbringen sollen.

Da hier der alte Weg fortgegangen werden soll, der das Land Steiermark finanziell dahin gebracht hat, wo es heute steht, und da überdies auch noch in Betracht

kommt, daß mit diesem Bedeckungsvorschläge nichts zur Sanierung der Landesfinanzen getan ist, weil immerhin noch ein unbedeckter Abgang von nahezu 2,000.000 K übrigbleibt, glaube ich, daß diese Bedeckungsvorschläge nicht geeignet sind, eine Ordnung der Landesfinanzen herbeizuführen. Wir können aus den von mir angeführten Gründen nicht für die Zuweisung dieser Vorlage des Landes-Ausschusses an den Finanz-Ausschuß stimmen.

Abg. Dr. **Korošec** (A. W. Marburg): Wir haben uns schon gestern dem Antrage der Herren Sozialdemokraten, welcher die Vertagung des Voranschlages verlangte, um früher über die Bedeckungsfrage reden zu können, angeschlossen, weil wir es eben für notwendig halten, daß über die Bedeckungsanträge des Landes-Ausschusses eine genaue sowie breite und gründliche Debatte durchgeführt werde.

Weil dies nach dem jetzigen Stande hier im hohen Hause nicht mehr möglich ist, glauben wir die Gelegenheit dazu dem Ausschusse schaffen zu müssen, und um dieser unserer Stellung, welche wir schon gestern eingenommen haben, konsequent zu bleiben, werden wir für die Überweisung stimmen, aber nur aus inneren Gründen.

Der Herr Kollege **Jodlbauer** hat gesagt, sie könnten nicht dafür stimmen, weil sie darin Posten fänden, welche ihre Wähler am härtesten treffen.

Wir haben dieselben Prämissen, aber aus den Prämissen ziehen wir einen anderen Schluß. Wir finden in den Bedeckungsanträgen einige Posten, welche unsere Wähler sehr hart treffen, und das ist die Erhöhung der Umlage auf die Grundsteuer, auf die Hausklassen- und die Hauszinssteuer. Diese Anträge haben uns beunruhigt und werden gewiß auch unsere Wähler sehr beunruhigen und ich muß sagen, daß unsere Stellung zum Voranschlage gerade durch diese Anträge sehr verändert worden ist. Um nun eine Umänderung dieser Anträge herbeizuführen zu können, werden wir auch dafür eintreten, daß die Anträge dem Finanz-Ausschusse zugewiesen werden, um dort eine Abänderung beantragen und zur Durchführung bringen zu können.

Landeshauptmann: Bezüglich der Zuweisung hat sich niemand mehr zum Worte gemeldet und kann ich daher den Zuweisungsantrag zur Abstimmung bringen.

(Die Zuweisung der Vorlage Nr. 313 an den Finanz-Ausschuß wird beschlossen.)

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die

Fortsetzung der Verhandlung über die Anträge des Finanz-Ausschusses zum Voranschlage der

steiermärkischen Landesfonde für das Jahr 1910, Beilage Nr. 3 (Beilage Nr. 296 und ad 296, Nachtrag hiezu).

Zur Geschäftsbehandlung hat sich der Herr Abgeordnete **Robić** zum Worte gemeldet.

Abg. **Robić** (L. G. Luttenberg): Im Hinblick auf den Umstand, daß verschiedene Gegenstände, die auf das Präliminare voraussichtlich einen ziemlich bedeutenden Einfluß ausüben werden, dem Finanz-Ausschusse zugewiesen, dortselbst aber einer Bereitung noch nicht unterzogen worden sind, weiters mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Bedeckungsvorschläge erst heute dem Finanz-Ausschusse zugewiesen wurden, der Finanz-Ausschuß also noch gar nicht in der Lage war, darüber zu beraten, stelle ich im Sinne des § 28 der Geschäftsordnung den Antrag auf Vertagung des vorliegenden Gegenstandes.

(Der Antrag wird genügend unterstützt.)

Landeshauptmann: Wir gelangen nun zur Abstimmung über den Vertagungsantrag.

(Der Vertagungsantrag wird abgelehnt.)

Wir treten somit in die Fortsetzung der Beratung über die Anträge des Finanz-Ausschusses zum Voranschlage der steiermärkischen Landesfonde für das Jahr 1910, Beilage Nr. 3 (Beilage Nr. 296 und ad 296, Nachtrag hiezu), ein. Die Verhandlung wurde gestern vertagt nach Abschluß der Beratung über Beilage 2, Kapitel II, „Landesverwaltung“. Wir kommen nun zu Beilage 3, Kapitel III, Titel 1: „Schub“.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. **Korošec**, den ich bitte, den Platz des Berichterstatters einzunehmen und den Gegenstand einzuleiten.

Berichterstatter des Finanz-Ausschusses Dr. **Korošec** (von der Tribüne): Hoher Landtag! Mit dem Aufhören der Patrimonialbehörden ist die Leitung des Schubwesens auf die politische Behörde übergegangen. Damals ist diese Sache zuerst durch einen Statthaltereierlaß geordnet worden; am 27. Juli 1871 ist aber das Schubwesen durch ein Rahmengesetz geordnet worden und wurden die Kosten meist den Ländern, Bezirken und Gemeinden überlassen. Die näheren Bestimmungen, wie das Schubwesen und die Abschaffung am Bestrafen veranlaßt werden soll, wurden durch das Landesgesetz vom 15. Dezember 1871 geschaffen. Da nun das Land für das Schubwesen beizutragen hat, so muß jedes Jahr im Voranschlage eine Summe eingestellt werden, um die Kosten zu decken. Ich habe daher die Ehre, namens des Finanz-Ausschusses zu beantragen, daß in den Voranschlag für das Jahr 1910 ein Erfordernis im Betrage von 50.150 K, als Bedeckung der Betrag von 21.380 K

eingestellt werde, so daß als Abgang der Betrag von 28.770 K erscheint.

Abg. Kefel (A. B. Graz): Wie den Herren innerlich sein dürfte, war kürzlich eine Deputation der Aufseher der Zwangsarbeitsanstalt Messendorf im hohen Hause, um bei den Mitgliedern der verschiedenen Parteien vorzusprechen, damit ihrem alten Petite um Gleichstellung mit den staatlichen Gefangenaufscheidern stattgegeben werde. Im möchte mir nun an den Herrn Landes-Ausschuß-Beisitzer Nobl die Frage erlauben, wie es mit dieser Petition steht.

Landeshauptmann (den Redner unterbrechend): Ich möchte mir erlauben, den Herrn Redner darauf aufmerksam zu machen, daß wir jetzt bei Kapitel III, Titel 1 „Schub“, sind und daß demnach seine Ausführungen bei Kapitel III, Titel 3, vorzubringen sein werden.

Wenn sich niemand mehr zum Kapitel „Schub“ zum Worte meldet, so werde ich die Debatte für geschlossen erklären, und wenn der Herr Berichterstatter nichts zu bemerken hat (Berichterstatter Dr. Korošec: „Nein!“), so werde ich zur Abstimmung schreiten. Es ist beantragt bei Beilage 3, Kapitel III, Titel 1, „Schub“, in den Voranschlag einzusetzen das Erfordernis mit 50.150 K, die Bedeckung mit 21.380 K, wonach sich ein Abgang von 28.770 K ergibt.

(Die Einstellung dieser Ziffern in den Voranschlag wird beschlossen.)

Wir kommen nun zu Beilage 4, Kapitel III, Titel 2: „Gendarmerie-Bequartierung“. Berichterstatter ist gleichfalls Herr Abgeordneter Dr. Korošec.

Berichterstatter des Finanz-Ausschusses Dr. Korošec (von der Tribüne): Hohes Haus! Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist für die Bequartierung der Gendarmerie sowohl seitens des Staates als auch seitens des Landes zu sorgen. Der Staat liefert die Quartier- und Schlafgelder und deswegen sehen wir auch bei diesem Kapitel eine Bedeckung vorkommen. Diese Bedeckung wird eben geliefert durch die Quartier- und Schlafgelder seitens des Staates. Wir sehen gegenüber dem Voranschlage des Vorjahres ein erhöhtes Erfordernis, welches sich zum großen Teile aus Mietzinserhöhungen sowie baulichen Neuherstellungen ergibt. Es ist deshalb heuer eingestellt im Erfordernisse ein Betrag von 140.616 K, eine Bedeckung mit 47.000 K, somit ein Abgang von 93.616 K. Ich beantrage namens des Finanz-Ausschusses die Genehmigung dieser Ziffern.

Abg. Riegler (L. G. Murau): Hoher Landtag! Wenn ich mir erlaube, zu diesem in Verhandlung stehenden Kapitel des Landesvoranschlages das Wort zu ergreifen, so geschieht es nicht, um vom hohen Landtage zu verlangen, daß demselben eine Mehrausgabe erwachsen sollte; was ich zu sagen habe, ist im wesentlichen folgendes:

Bekanntlich gelangt gegenwärtig das Staatsbahngelände St. Michael—St. Veit zur Erweiterung, indem ein zweites Geleise gelegt wird. Die ganzen Bezirke, die diese Bahnstrecke durchzieht, haben nun erfahrungsmäßig darunter zu leiden, daß einzelne Gemeinden hinsichtlich ihrer sicherheitspolizeilichen Angelegenheiten nicht so ausgestattet sind, wie sie es sein sollten. Deswegen haben die Gemeinden Teufenbach und Dürnstern beim Landesgendarmeriekommando angefragt, für Teufenbach und Bad Einöd für die Zeit des Bahnbaues und nur für denselben je eine Expositur zu errichten. Die Gemeinde Teufenbach und der Besitzer des Bades Einöd haben sich bereit erklärt, die Quartiere für die Gendarmen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Es ist nun den Gemeinden bis nun, trotzdem die Intervention Seiner Excellenz des Herrn Statthalters in Anspruch genommen wurde, nicht gelungen, in dieser Richtung etwas Positives zu erreichen und ich erlaube mir daher aus dem Anlasse, zu dem in Verhandlung stehenden Gegenstande folgende Resolution zu beantragen:

„Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, die angestrebte und beim k. k. Landesgendarmeriekommando Nr. 6 nachgesuchte Kreierung von Gendarmerie-exposituren in Teufenbach und Einöd im politischen Bezirke Murau aus Anlaß des im Zuge sich befindenden Bahnbaues und nur für die Zeit desselben mit allem Nachdrucke zu unterstützen und zu fördern.“

(Die Resolution wird genügend unterstützt.)

Abg. Seidler (St.-G. Leoben): Ich wollte in diesem Belange der Gendarmeriebequartierung nur darauf verweisen, daß in dem seit dem Vorjahre weitaus vergrößerten Bade Einöd bei Neumarkt die Gefahr herrscht, daß sich die ausgegebenen Summen für die Neueinrichtung auf Jahre hinaus unrentabel erweisen werden, nachdem es dem Badebesitzer nicht gelungen ist, zwei Gendarmen dorthin zu bekommen. Der Mann hat sich bereit erklärt, die Leute zu bequartieren und zu verpflegen und alles mögliche vorzunehmen, um die Badegäste zu schützen. Es war Aussicht vorhanden, daß dieses Bad in Einöd durch die großen Neuanlagen eines der bedeutendsten steirischen Bäder wird, das ist nun illusorisch geworden. Nach dem, was ich von einer Seite erfahren habe, ist nur der Mangel an Mannschaft daran schuld, daß keine

Gendarmerie dorthin verlegt wird. Bei der Zusammen-
setzung dieser lieben Leute, sagen wir Baraber, weiß
man ja aus Erfahrung, wie gefährlich es ist, in die
Nähe solcher Leute zu kommen, nachdem sie mit dem
Leben ihrer Mitmenschen nicht viel Federlesens machen.
(Abg. Sodlbauer: „Weil man auch mit ihrem Leben
nicht viel Federlesens macht.“) Ich möchte bitten, daß
ermöglicht würde, vielleicht vom Landtage zu erwirken,
daß entweder, wie der Herr Statthalter-Vizepräsident
gemeint hat, durch die Veranlassung des Bezirkshaupt-
mannes häufiger Patrouillen vorgenommen werden,
wenn es schon nicht möglich ist, daß ständig zwei Mann
bewilligt werden.

Ich möchte deshalb bitten, daß Seine Exzellenz
Einfluß nehmen möge, daß ein sich in Aufschwung be-
findliches steirisches Bad den nötigen Gendarmerieschutz
bekommt.

Landeshauptmann: Nachdem sich niemand mehr
zum Worte meldet, erkläre ich die Debatte für ge-
schlossen und erteile dem Herrn Berichterstatter das
Schlußwort.

Berichterstatter Dr. Korošec: Während in anderen
Jahren bei den Debatten über Gendarmeriebequartierung
ganz andere Beschwerden vorgebracht wurden, haben
wir heuer nur ein zweifaches Verlangen gehört, nämlich
die Errichtung eines Gendarmeriepostens in Teufenbach
und eines solchen in Einöb. Nach den Auseinander-
setzungen, die wir von den Agrariern und den Herren
aus dem deutschnationalen Verbands gehört haben, be-
steht wirklich ein Bedürfnis, daß ein solches Kommando
in Teufenbach, beziehungsweise Einöb errichtet werde.
Nachdem sich das Petit der Resolution an den Landes-
Auschuß wendet, so steht natürlich der Annahme dieser
Resolution gar nichts entgegen. Als Referent befür-
worte ich dieselbe ebenfalls und empfehle sie zur Annahme.

Landeshauptmann: Wir gelangen nun zur Ab-
stimmung. Gegenstand der Abstimmung sind die An-
träge des Finanz-Auschußes und die Resolution des
Abgeordneten Kiegler, welche lautet (liest):

„Der Landes-Auschuß wird beauftragt, die an-
gestrebte und beim k. k. Gendarmeriekommando Nr. 6
nachgesuchte Kreierung von Gendarmerieexpeditionen
in Teufenbach und Einöb im politischen Bezirke
Murau aus Anlaß des im Zuge sich befindenden
Bahnbaues und nur für die Zeit desselben mit
allem Nachdrucke zu unterstützen und zu fördern.“

Der Finanz-Auschuß beantragt, bei Beilage Nr. 4,
Kapitel III, Titel 2: „Gendarmeriebequartierung“, ein-
zustellen (liest):

im Erfordernis	140.616 K
in der Bedeckung	47.000 „
woraus sich ein Abgang von . . .	93.616 K

ergibt.

(Der Antrag wird angenommen.)

Wir gelangen nun zu Abstimmung über die Re-
solution des Abgeordneten Kiegler, welche lautet (liest):

„Der Landes-Auschuß wird beauftragt, die an-
gestrebte und beim k. k. Landesgendarmeriekommando
Nr. 6 nachgesuchte Kreierung von Gendarmerie-
expeditionen in Teufenbach und Einöb im politischen
Bezirke Murau aus Anlaß des im Zuge sich be-
findenden Bahnbaues und nur für die Zeit des-
selben mit allem Nachdrucke zu unterstützen und
zu fördern.“

(Diese Resolution wird angenommen.)

Wir kommen nun zum nächsten Kapitel, das ist
Beilage Nr. 5, Kapitel III, Titel 3: „Zwangsar-
beitsanstalten“.

Referent ist der Herr Abgeordnete Dr. Korošec.

Berichterstatter des Finanz-Auschußes Abgeordneter
Dr. Korošec: Der Voranschlag über die Zwangs-
arbeitsanstalten ist in zwei Teile geteilt.

Der Titel 3 behandelt die Zwangsarbeitsanstalten,
und zwar die Kosten für die Verwaltung, der 2. Titel,
Titel 4, hat aber nur die Verpflegs- und Regiekosten
in Aussicht genommen.

Wir haben in Steiermark zwei Zwangsarbeits-
anstalten, und zwar in Messendorf und in Rankowitz, in
Messendorf für männliche Korrigenden und Verurteilte,
in Rankowitz für weibliche Korrigenden und Verurteilte.
Der Finanz-Auschuß beantragt einzustellen:

bei Beilage 5, Kapitel III, Titel 3: „Zwangsar- beitsanstalten“, im Erfordernis . . .	186.920 K
in der Bedeckung	184.747 „
verbleibt somit ein Abgang von . . .	2.173 K

Ich bitte um Genehmigung dieser Ziffern.

Abg. Refel (N. B. Graz): Ich gestatte mir bei
diesem Kapitel auf meine bereits früher gemachten Aus-
führungen zu verweisen, die ich bereits bei einem an-
deren Budgetkapitel gemacht habe, nämlich bei der Ver-
handlung über die Zwangsarbeitsanstalten. Ich ergänze
meine früher gemachten Ausführungen bloß mit dem
Hinweis, daß meiner Ansicht das Petit, das Ansuchen
der Aufseher der Zwangsarbeitsanstalten, rasch erledigt
zu werden hat, weil jeder Tag ein Verlust, ein Entgang
für die Betroffenen ist, die sich gewiß in keiner rosi-
gen Lage befinden, deren Forderungen obendrein sehr be-
scheidene sind. Sie fordern nicht mehr als die Gleich-

stellung mit den staatlichen Gefangenausssehern und bekanntlich ist auch die Lage der staatlichen Gefangenaussseher keine gute.

Landes-Ausschuß-Beisitzer **Robič**: Hoher Landtag! Die Petition der Aufsichtsdieners in der Landeszwangsarbeitsanstalt in Messendorf um Gleichstellung der Bezüge mit jenen der Aufsichtsorgane der k. k. Strafanstalten und ferner um Erleichterung im Nachtdienste und im Sonntagsdienste und Erhöhung des Taggeldes der provisorischen Aushilfsaufseher wurde am 4. Jänner in der 18. Sitzung des hohen Landtages dem Landes-Ausschusse zur Erhebung und Berichterstattung noch in dieser Tagungsperiode übermittelt. In Erledigung dieses Auftrages habe ich Sorge getragen, daß der diesbezügliche Bericht sobald als möglich zu stande komme und derselbe liegt bereits in meinen Händen. Er bedarf nur einiger Ergänzungen und Berechnungen von Seite der Landesbuchhaltung, wird daher ohne Frage in einigen Tagen dem Drucke übergeben und selbstverständlich noch in dieser Session mit Rücksicht auf den Auftrag des Landtages zur Verhandlung kommen. (Abg. Kessel: „Bekommen sie was oder nichts?“) Im großen ganzen, um auf die direkt gestellte Frage des Herrn Abgeordneten Kessel, ob sie was bekommen oder nicht, zu antworten, kann ich nur mitteilen, daß ich als Referent auf den Standpunkt stehe, daß unsere Aufseher gleichgestellt werden sollen mit den Aufsehern in den k. k. Strafanstalten. (Abg. Kessel: „Bravo!“)

Landeshauptmann: Nachdem sich niemand mehr zum Worte meldet, erkläre ich die Debatte für geschlossen und erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Dr. **Korošec**: Ich verzichte!

Landeshauptmann: Der Herr Berichterstatter verzichtet, somit schreite ich zur Abstimmung. Gegenstand der Abstimmung sind die Anträge des Finanz-Ausschusses zu Beilage 5, Kapitel III, Titel 3: „Zwangsarbeitsanstalten“. Vom Finanz-Ausschuß wird beantragt einzustellen:

im Erfordernis	186.920 K
in der Bedeckung	184.747 „
verbleibt somit ein Abgang von	2.173 K

(Die Einstellung dieser Ziffern wird genehmigt.)

Ich bitte den Herrn Berichterstatter, zum nächsten Kapitel überzugehen.

Berichterstatter des Finanz-Ausschusses Dr. **Korošec** (liest): Beilage 6, Kapitel III, Titel 4: „Verpflegs-

und Regiekosten für steiermärkische Zwangslinge“. Der Finanz-Ausschuß beantragt einzustellen:

im Erfordernis	71.954 K
in der Bedeckung	8.553 „
verbleibt somit ein Abgang von	63.401 K

Landeshauptmann: Der Antrag steht in Verhandlung. Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete **Novak**; ich erteile ihm dasjelbe.

Abg. **Novak** (L.-G. Gonobiz — spricht slowenisch).

Landeshauptmann: Nachdem sich niemand mehr zum Worte meldet, erkläre ich die Debatte für geschlossen und erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Dr. **Korošec**: Ich verzichte!

Landeshauptmann: Ich schreite nunmehr zur Abstimmung. Gegenstand derselben sind die Anträge des Finanz-Ausschusses zu Beilage 6, Kapitel III, Titel 4: „Verpflegs- und Regiekosten für steiermärkische Zwangslinge“.

(Die Anträge werden angenommen.)

Ich bitte den Herrn Berichterstatter fortzusetzen.

Berichterstatter des Finanz-Ausschusses Dr. **Korošec**: Wir kommen nun zu Beilage 7, Kapitel III, Titel 5: „Naturalverpflegstationen“.

In den Ländern Niederösterreich, Oberösterreich, Böhmen, Mähren, Schlesien und Steiermark bestehen sogenannte Naturalverpflegstationen. Für das Land Steiermark ist für das Jahr 1910 eine Summe von 187.424 K notwendig, um das Erfordernis zu bedecken. Da keine Bedeckungseinnahmen sind, so stellt sich der Abgang ebenfalls mit 187.424 K dar.

Ich beantrage, dieses Erfordernis und diesen Abgang zu bewilligen.

Abg. **Hilari** (A. W. Leoben): Hohes Haus! Wenn ich mich zu diesem Titel zum Worte gemeldet habe, so ist es nicht deshalb, um gegen die Höhe des Betrages einen Einwand zu erheben, sondern lediglich, um einige Wünsche vorzutragen, die Übelstände und Beschwerden betreffen, auf deren Abstellung in Zukunft gedrungen werden soll. Bisher wurden eigentlich diese Naturalverpflegstationen, soweit die organisierte Arbeiterschaft in Betracht kommt, sehr wenig in Anspruch genommen und haben eigentlich die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft zum weitaus größten Teil die Verpflegung übernommen, den auf der Reise sich befindlichen Handwerksgehilfen mit einer Unterstützung beizuspringen, die es ihnen ermöglicht, auf der Reise halbwegs

menschenwürdig leben zu können. Es gibt aber auch einen ziemlich großen Teil von Arbeitern, die gezwungen sind, auf die Reise zu gehen, die aber das Bene nicht genießen, von irgend jemandem eine Beihilfe zu erhalten und infolge dieses Umstandes auf die Naturalverpflegstationen angewiesen erscheinen. Bei der heutigen Einrichtung dieser Naturalverpflegstationen finden wir zummeist, daß diese Stationsleiter überwiegen sind, die in der Eigenschaft als Ortspolizei, als Gemeindefekretär oder in irgend einer andern Eigenschaft in der dortigen Gemeinde stehen und es ist selbstverständlich, daß die Betreffenden, die die Naturalverpflegstationen übernommen haben, das nicht deshalb tun, weil sie so ein gutes Herz zu den reisenden Handwerksburschen in sich fühlen, sondern weil sie dadurch gewissermaßen wieder etwas mehr für ihren Haushalt gewinnen wollen, also gewissermaßen daraus ein Geschäft machen wollen. Daraus ergibt es sich, daß in vielen Verpflegstationen Beschwerde erhoben wird, sowohl dem Landes-Ausschusse als auch den verschiedenen Blättern gegenüber, von solchen Leuten, die draußen auf Reisen begriffen und in den Naturalverpflegstationen zu verkehren gezwungen sind, daß die Verköstigung für die armen Teufel eine wenig entsprechende ist. Diese Zustände sind schon sprichwörtlich geworden, so daß man den Verpflegstationen ausweicht und nicht hingeht, mit Rücksicht auf die Kost, die man zu erwarten hat.

Auch in Bezug auf Reinlichkeit der Betten, in welchen diese Reisenden untergebracht werden, bleibt viel zu wünschen übrig und es kommt sehr häufig vor, daß so mancher dieser Reisenden am andern Tag, wenn er sein Bett verläßt, die Verpflegstation nicht verläßt, ohne nicht auch einige solcher bekannter Tierchen mit auf die Reise zu nehmen.

Nachdem die Reinigung dieser Bettstellen und die Reinigung der Lokale, in welchen die Betten untergebracht sind, zum weitaus größten Teil den Reisenden überlassen ist und es der Gewissenhaftigkeit dieser Reisenden anheimgestellt ist, daß sie diese Reinigung auch gründlich vollziehen, so ist es begreiflich, daß derartige Dinge einreißen können.

Es ist auch von den Reisenden nicht zu verlangen, daß sie sich einer solchen Arbeit unterziehen, und nach meiner Ansicht hätte jemand anderer, vor allem der Stationsleiter für die regelmäßige, gründliche Reinigung in anderer Art vorzusorgen. Wenn der Fall eintritt, daß die eine oder die andere Bettstelle verlaust sein sollte, so wäre dem leicht abzuhelpen, wenn die Inspektion häufiger Platz greifen würde, und zwar nicht, wie es bis jetzt der Fall war, daß der Inspektor seinen Besuch ankündigt, sondern es soll eine Inspektion stattfinden,

die nicht vorher angekündigt wurde, weil es eine allbekannte Tatsache ist, daß, wenn eine derartige Inspektion angekündigt wird, jeder Stationsleiter das Bedürfnis hat, rein zu machen und alles zu unternehmen, was geeignet erscheint, die Zufriedenheit des Inspektors zu erwerben. Infolge dieses Umstandes ist es auch erklärlich, daß der Inspektor, der die Inspektion zu besorgen hat, nie einen Anstand findet und finden kann, und daß es allgemein heißt, es sei alles in bester Ordnung. Ich glaube den Wunsch dahin aussprechen zu müssen, daß in Zukunft Vorkehrung getroffen wird, daß die Inspektion der einzelnen Naturalverpflegstationen dem Stationsleiter nicht vorher bekanntgegeben wird, und daß diese Inspektion vollständig unangemeldet geschehe. Ich glaube, daß dadurch den vielfachen Übelständen abgeholfen werden könnte.

Landeshauptmann: Zum Worte gelangt nunmehr der Herr Abgeordnete Novak.

Abg. Novak (L.-G. Gonobitz): Hohes Haus! Seitdem ich dem hohen Hause angehöre, habe ich bis heute noch nicht um das Wort gebeten. Nun muß ich mich aber doch einmal melden, damit ich den Wunsch meiner Wähler hier vorbringen kann.

Meine Herren! Ich verrete das Landvolk draußen, nämlich den armen Bauer. Es wurde hier gesprochen von diesen Verpflegstationen. Es ist allerdings schön und human, daß man dem Menschen zu Hilfe kommt, besonders einem armen Menschen. Sehr viele dieser Leute, die von Verpflegstation zu Verpflegstation gehen, sind wirklich bedürftig und wert, daß man sie unterstützt. Aber darunter sind solche, die diese Wohltaten nicht verdienen. Meine Herren! Ihr in der Stadt könnt nicht sehen, wie es da draußen am flachen Lande aussieht. Der arme Bauer draußen am Felde muß arbeiten und zugleich manchmal noch hungern, während auf der Reichsstraße Scharen von Burschen dahinziehen, die alle die Verpflegstation benützen und von denen die Hälfte Faulenzer sind. Wie kommt der arme Bauer dazu? (Widerpruch.) Ich habe nicht gesagt, alle diese reisenden Handwerksburschen sind Faulenzer. Ich habe selbst einmal einen Burschen gehabt, einen Fleischhauer, dem habe ich gesagt zu einer Zeit, wo nicht soviel zu tun war: „Deine Arbeit hast du verrichtet, du mußt jetzt, weil wir keine Leute haben, auf das Feld gehen, weil es höchste Zeit ist, die Kartoffeln in die Erde zu bringen.“ Was hat der nun gemacht? Er hat mir erklärt, er hätte das Fleischhackergewerbe gelernt, er gehe nicht Erdäpfel setzen. Er hat den ganzen Tag gesoffen und ist mit einem Spektakel nach Hause gekommen. Und jetzt sehe ich diesen Menschen schon 15 Jahre von Station zu Station ziehen,

er hat alle Gegenden durchgestreift und frist diese Gnadengaben auf den Verpflegsstationen. Von diesen Leuten spreche ich und nicht von den braven Burschen. Nun möchte man fragen, wie kommt es dazu, daß wir solche Burschen haben? Das kommt daher, daß bei uns in Untersteiermark kein Meister auch nur einen einzigen Gesellen, sondern nur drei bis vier Lehrbuben hat, die dort umsonst arbeiten. Wenn diese Buben freigesprochen werden, so gehen sie die erste Woche auf die Reise auf Kosten der Bauern. Wenn ein gelernter Schlosser in die Stadt kommt und in einer Fabrik um Arbeit fragt, so bekommt er dort keine Arbeit. Das hat mir ein Bursch erzählt. Und zwar bekommt er keine Arbeit deshalb, weil der Fabrikant solche Leute aufnimmt, die eigentlich zur Landwirtschaft gehören und die sich in der Fabrik als Tagelöhner verdingen. Diese nehmen den gelernten Schlossern das Brot weg. Der Schlosser spaziert auf die Straße. Ein paar Schlosser werden von Fabrikbesitzern zu der Maschine hingestellt, damit sie die Arbeit leiten und damit der Tagelöhner die Maschine bedienen kann. Er verdient Geld, macht dann die Bekanntschaft mit einer Magd, die vom Lande ist. (Große Heiterkeit.) Ich bitte, mich in Ruhe zu lassen, wenn Sie wollen, daß ich Ihnen etwas erzählen soll. Diese Leute heiraten dann in der Stadt und kommen dann nach Hause aufs Land sehr nobel und sagen: „Warum bist du so dumm, da draußen zu arbeiten, da schau mich und meine Frau an, schau meine schöne Uhr an.“ (Heiterkeit.) Der Bauer kann sich davon keine rechte Vorstellung machen.

Dann ist noch etwas zu bemerken. Wie Sie wissen, übergibt bei uns zu Hause der Bauer dem ältesten Sohne den Grund. (Abg. Resel: „Die anderen Kinder gehen in die Stadt, weil sie nichts bekommen.“) Die Brüder und Schwestern verlassen, wenn sie heiraten, das Haus und gehen in die Stadt und jeder verlangt sein Erbteil heraus. Es ist das nicht groß, drei-, vier-, fünfhundert Gulden, aber auf einmal kommt die ganze Wirtschaft auf die Trommel. Die Kinder mit ihrer Erbschaft richten sich schön ein, bekommen Familie und arbeiten dem Fabrikanten fast umsonst, während der gelernte Schlosser auf Kosten des Bauern spazieren gehen kann. Wenn aber eine Armut eintritt, dann bekommt sie die Gemeinde zurück; die Leute, die oft 20 bis 30 Jahre in der Stadt leben, die sind nicht gewohnt, draußen herumzugehen, die kommen oft mit Schub zurück, bei einer Tür herein und bei der andern wieder hinaus.

Um das alles zu verhindern, soll die Regierung in gewerblichen Angelegenheiten eingreifen. Jeder soll die Arbeit, die er erlernt hat, betreiben, ein Schlosser die Schlosserei, ein Schuster die Schusterei. Die Fabriken

sollen nicht Tagelöhner aufnehmen, die, wenn sie 10 Jahre in der Fabrik sind, dann selbst in der Fabrik arbeiten können. Dadurch entgeht die physische Arbeitskraft dem Landbauern und schließlich ist er noch gezwungen, zu den Kosten der Verpflegsstationen beizusteuern und dann heißt es allgemein, es ist alles teuer. Warum? Weil der Bauer nichts mehr hat, nichts mehr auf den Markt bringen kann. Ich erwähne hier nur einen Gutsbesitzer, den ich gut kenne. Das Gut war eines der schönsten Güter. Der frühere Besitzer hat 120 bis 130 Stück Rinder gehabt, ebensoviel Schweine, 10 bis 12 Pferde. Heute ist auf demselben Besitz nicht ein einziges Stück Vieh. Die Krainer sind gekommen, haben das Gut angekauft und dann wieder verkauft und wegen dieser Güterschlächtereien gehen so viele Güter verloren. Was übrig bleibt, wird in Pacht gegeben. So geht es nach der Reihe. Ich könnte Ihnen viele solche Beispiele erzählen. Ich möchte nur noch zu dieser Post folgendes sagen: Die Gewerbetreibenden sollten dahin trachten, daß sie nur gelernte Leute in ihrem Gewerbe verwenden, besonders bei den Fabriken, nicht die Landleute in Arbeit nehmen, die hinaus auf das Land gehören, um sich das Brot auf dem Grunde zu erwerben, damit Mutter Erde alles das gibt, was wir täglich brauchen. Es ist ja sehr schön, wenn wir sagen, Industrie ist notwendig, Gewerbe ist notwendig, und es ist schön, wenn die Industrie blüht, wenn das Gewerbe gedeiht. Aber vor einigen Tagen haben Sie hier im Hause gehört, wie die Herren sich beschwert haben, wie groß die Teuerung für die Lebensmittel ist. Das kommt daher, weil alle Arbeiter zu den Fabriken strömen und nicht draußen am Felde arbeiten wollen. Der aufs Feld gehört, der soll auch dort bleiben. (Abg. Dr. Schacherl: „Anbinden!“ — Abg. Horvatek: „Also die persönliche Freiheit einschränken!“) Das ist nicht die persönliche Freiheit, früher sind sie sich besser gestanden als jetzt. (Redner macht eine längere Pause.)

Landeshauptmann: Haben Sie geschlossen?

Abg. Novak (fortfahrend): Nein, Erzellenz! Ich habe das hohe Haus noch nicht in Anspruch genommen und müssen Sie mir schon gestatten, daß ich noch etwas weiter spreche.

Meine Herren! Wenn wir eine Aufbesserung wollen, so müssen wir zuerst danach trachten, daß der Bauernstand gut steht, denn dann ist auch die Industrie etwas wert. Denn der Bauer hat heute absolut nichts mehr und wenn er einmal wo im Wohlstande ist, so sehen wir, daß auch unsere Industrie blüht, weil sie dann ihre industriellen Produkte absetzen kann. Aber, weil der Bauer heute fast nichts mehr hat, beinahe nicht

einmal mehr so viel, daß er sich das Salz kaufen kann, wie soll er sich da industrielle Gegenstände kaufen können?

Was ist mehr notwendig, der Bauernstand oder die Industrie? Nach meiner Anschauung gewiß der Bauernstand, weil wir alle, die wir da sind, wenn es 12 Uhr läutet, so auch die Fabrikarbeiter nicht dorthin zum Essen gehen, wo das gekocht wird, was die Industrie erzeugt, sondern ein jeder dorthin läuft, wo das gekocht wird, was der Bauer erzeugt.

Ich habe früher betont, daß ich kein Gegner der Industrie bin. Aber alles muß eine Grenze haben und deshalb ist es notwendig, daß die betreffenden Fachmänner, die dafür sind, daß man ihr Gewerbe schützt, trachten, daß sie nur solche Leute in ihren Betrieben haben, die dorthin gehören. Deshalb sollen auch die Arbeiter der Landbevölkerung, die Landarbeiter, die nichts anderes gelernt haben, draußen bei der Arbeit, die sie eben gelernt haben, bleiben. Dann wird diese Landflucht bald aufhören. Wenn wir zu Hause an allem genug haben werden, werden wir auch den Leuten mehr zahlen und geben können.

Was ist aber, wenn der Bauer und die Bäuerin allein sind bei der Arbeit, wenn sie keine Magd und niemand haben? Wie kann dann der Bauer seine Feldarbeiten verrichten, besonders dann, wenn vielleicht noch regnerisches Wetter dazu kommt? Dann ist's mit seiner Arbeit überhaupt nichts mehr. Jeder Grundbesitzer weiß, daß ich recht habe, und wenn ich in meiner Muttersprache sprechen könnte, könnte ich Ihnen noch vieles andere erzählen und würde bis morgen nicht fertig werden.

Aber weil ich mich noch öfter zum Worte melden werde, so werde ich schließen mit dem, daß man diese Post einfach streichen soll, denn wir sind darauf gekommen, daß wir gar keinen Nutzen davon haben.

Die Herren, die draußen auf der Straße spazieren gehen, sollen zu uns kommen arbeiten. Wir haben zwar kein Geld mehr zum Zahlen, aber wir haben eher noch Erdäpfel und Brot.

Und mit dem bin ich fertig. (Beifall beim Sloweniski-Klub.)

Landeshauptmann: Nachdem sich niemand mehr zum Worte meldet, erkläre ich die Debatte für geschlossen und erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlusswort.

Berichterstatter **Dr. Korošec:** Überall, wo Naturalverpflegstationen bestehen, werden über diese Institutionen solche und ähnliche Vorwürfe gemacht.

Es ist eben im Reiche ein Übelstand, daß nicht jedes Kronland solche Naturalverpflegstationen besitzt, sondern, wie schon erwähnt, nur Steiermark, Niederösterreich, Oberösterreich, Böhmen, Mähren und Schlesien. Wenn wir die verschiedenen Gravamina gegen die Naturalverpflegstationen anhören und dieselben dann ruhig abwägen, so müssen wir uns sagen: Es ist so wie bei jeder Institution, es gibt Schatten-, Licht- und Sonnenseiten.

Gewiß gibt es Schattenseiten auch bei den Naturalverpflegstationen und bei allem, was damit in Verbindung steht. Auf der anderen Seite aber sehen wir doch, daß die Naturalverpflegstationen in mancher Hinsicht eine Verbesserung gebracht haben und insbesondere den braven, arbeitssuchenden Arbeitern viel Gutes erweisen können.

Ich beantrage daher, trotz der Vorwürfe, die jetzt vorgebracht wurden, daß diese Posten für die Naturalverpflegstationen bewilligt werden.

Landeshauptmann: Wir schreiten nunmehr zur Abstimmung. Gegenstand derselben sind die Anträge des Finanz-Ausschusses zu Beilage Nr. 7, Kapitel III, Titel 5: „Naturalverpflegstationen“.

Derselbe beantragt einzustellen:

im Erfordernis 187.424 K

in der Bedeckung —

verbleibt sonach ein Abgang . . . 187.424 K

(Die Einstellung dieser Ziffern wird genehmigt.)

Bevor wir in der Beratung des Voranschlages weiter fortfahren, hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Benkovič zur Geschäftsbehandlung zum Worte gemeldet; ich erteile ihm daselbe.

Abg. Dr. Benkovič (L.-G. Gili): Hohes Haus! Die Mehrheit des Landtages hat uns in der letzten Zeit, insbesondere gestern wiederum, einige Proben ihrer Geneigtheit, unsere Forderungen in Erwägung zu ziehen, gegeben. Es wurden einige Anträge von uns abgelehnt, und zwar Anträge, welche das Mindestmaß der nationalen Forderungen, welche wir stellen und stellen werden, beinhalten.

Ich bitte, das ist der Antrag des Kollegen Dr. Berstovšek, betreffend die slowenische Fachschule in Villan und dann — Sie wissen sehr gut, daß einige unserer Kollegen nicht in dem Maße deutsch zu sprechen imstande sind, um hier in diesem hohen Hause deutsch zu reden — haben wir den Antrag gestellt:

Der hohe Landtag wolle beschließen, daß dafür Sorge getragen werde, auch die slowenischen Reden in das stenographische Protokoll aufzunehmen.

Die Herren haben, ohne für ihr Verhalten auch nur ein Wort der Entschuldigung zu finden, die Anträge einfach abgelehnt.

Nun, meine Herren! Alles das geschieht in einem Zeitpunkte, wo Ihre Volksgenossen in Böhmen mit verschiedenen Forderungen heraustreten und mit der Lahmlegung des böhmischen Landtages drohen bis zur Erreichung ihres Ideals, der Zweiteilung oder, sagen wir, der Zerreißung des Königreiches Böhmen.

Alles das geschieht im steirischen Landtage in dem Momente, wo wir nur ein Mindestmaß unserer Forderungen durchsetzen wollen.

Meine Herren! Wir auf diesen Bänken sind vollkommen einig, daß wir uns diese Behandlung nicht mehr gefallen lassen können und gefallen lassen dürfen. Wir haben den Herren über verschiedene Sachen manches vertraulich mitzuteilen und deshalb stelle ich den Antrag, daß eine vertrauliche Sitzung abgehalten werde; ich bitte, über meinen Antrag die namentliche Abstimmung einzuleiten. (Abg. Wastian: „Was haben Sie für Geheimnisse, Herr Dr. Benkovič?“ — Abg. Einspinner: „Sagen Sie ganz offen, daß Sie heute nach Hause fahren wollen und machen Sie keine solche Komödie! Das ist doch viel gescheiter!“)

Landeshauptmann: Der § 11 der Geschäftsordnung lautet (liest):

„Die Landtagsitzungen sind öffentlich. Ausnahmeweise kann eine vertrauliche Sitzung gehalten werden, wenn entweder der Vorsitzende oder wenigstens fünf Mitglieder es verlangen und nach Entfernung der Zuhörer der Landtag sich dafür entscheidet.“

Bei vertraulichen Sitzungen haben auch die Stenographen abzutreten.“

Ich glaube, daß der Zeitpunkt für die Abhaltung einer vertraulichen Sitzung nicht ganz den Bestimmungen der Geschäftsordnung gemäß gewählt erscheint. Wir sind jetzt in der Beratung eines Geschäftsgegenstandes begriffen, den wir nicht unterbrechen dürfen durch eine andere Beratung des Landtages.

Es wurde mir wenigstens gestern abends vorgehalten, daß ich einen Bruch der Geschäftsordnung begangen würde, wenn ich heute Vormittag vor der Fortsetzung dieser Beratung eine Zuweisung von verschiedenen wichtigen Landes-Ausschuß-Anträgen beantragen würde.

Ich glaube also, wenn die Herren darauf bestehen sollten, daß auch über die Frage einer geheimen Sitzung abgestimmt werde, daß in diesem Falle zuerst eine Beratung der jetzt in Verhandlung stehenden Vorlage beantragt und beschloffen werden müßte.

Zur Geschäftsbehandlung hat sich der Herr Ab-

geordnete Dr. Koroscec zum Worte gemeldet; ich erteile ihm dasselbe.

Abg. Dr. Koroscec (A. W. Marburg): Soweit ich meinen Kollegen Dr. Benkovič verstanden habe, beantragt derselbe durchaus nicht die Verhandlung über einen andern Gegenstand, sondern er will die Fortsetzung der Debatte über den Voranschlag über das nächste Kapitel und den nächsten Titel.

Jedoch will er zu dem Zwecke, um, ich weiß nicht was, vorzubringen (Rufe: „Aha!“), er muß in seiner Brust etwas haben, was er verschlossen hält. Um das ungeniert vorzubringen, beantragt er für diesen Fall eine vertrauliche Sitzung.

Es ist deshalb kein Geschäftsordnungsbruch, sondern es ist das vielmehr schon in der Landesordnung nach dem Gesetze vorgesehen. Es ist auch darin vorgesehen, daß fünf Mitglieder allein durch ihr Votum eine vertrauliche Sitzung herbeiführen können.

Landeshauptmann: Die Beantragung, die Fortsetzung der jetzigen Beratung in einer vertraulichen Sitzung zu pflegen, unterliegt nach meiner Ansicht keinem Hindernisse. Aber der Herr Dr. Benkovič hat eben gesagt gehabt, er wünsche eine vertrauliche Sitzung, weil er den Herren der Majorität einiges zu sagen wünsche; daß aber das mit den Beratungen über den Voranschlag in Verbindung stünde, hat der Herr Abgeordnete Dr. Benkovič unterlassen gehabt, mir zu sagen, weshalb ich glauben mußte, daß es sich um einen andern, nicht hieher gehörigen Gegenstand handle.

Abg. Dr. Benkovič (L.-G. Gilli): Ich habe mich vielleicht nicht genau geäußert, aber ich wollte mit meinem Antrage bezwecken, daß das nächste Kapitel des Voranschlages, zu dem wir jetzt kommen, in einer vertraulichen Sitzung zur Besprechung komme. (Abg. Einspinner: „Das gibt es gar nicht, der Gegenstand muß ja zuerst eingeleitet werden!“) Ein Antrag zur Geschäftsordnung, zur Geschäftsbehandlung kann immer gestellt werden und der Fall kann immer eintreten, daß die Sache so liegt, daß eine vertrauliche Sitzung am Platze ist.

Ich beantrage also, da wir zu Kapitel IV kommen, eine vertrauliche Sitzung abzuhalten, und ich bitte, über meinen Antrag die namentliche Abstimmung einzuleiten.

Landeshauptmann: Ich werde über diesen Antrag zuerst die Unterstützungsfrage stellen. Ich ersuche diejenigen Herren, die den Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Benkovič unterstützen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Es sind dies mehr als fünf Herren, somit habe ich also die Frage über die Abhaltung einer geheimen Sitzung dem Landtage vorzulegen.

Ich muß daher zuerst die auf der Galerie befindlichen Zuhörer auffordern, die Galerie zu verlassen; desgleichen haben auch die Journalisten das hohe Haus zu verlassen, ebenso die Stenographen.

(Die Sitzung wird um 11 Uhr 35 Minuten vertraulich behandelt und um 11 Uhr 40 Minuten wieder öffentlich.)

Landeshauptmann: Wir kommen nun zu Beilage 8, Kapitel IV, Titel 1: „Straßen- und Eisenbahnbau“.

Berichtersteller ist Herr Abgeordneter Foeft, den ich ersuche, die Verhandlung einzuleiten.

Spezialberichtersteller Foeft: Ich habe die Ehre zu berichten über Beilage 8, Kapitel IV, Titel 1: „Straßen- und Eisenbahnbau“ und beantrage namens des Finanz-Ausschusses einzustellen als

Erfordernis	947.537 K
Bedeckung	5.000 „
sodrin Abgang	942.537 K

gegenüber dem Landes-Ausschuß-Antrage niederer um 18.114 K.

Die Differenz findet ihre Begründung in der Restringierung des Beitrages für den Bau der Freyerer Draubridge, Erfordernis B, Rubrik XXIX, um 16.000 K, weiters Streichung des Erfordernisses B, Rubrik XL, per 21.000 K (man sehe Landtags-Beilage Nr. 246), endlich Neueinstellung eines Betrages von 18.886 K als erste Rate des Beitrages zum Baue der Murrbrücke in Landschach.

Abg. Dr. Schacherl (A. W. Bruck a. d. M.): In der Sitzung vom 20. September 1907 habe ich den Antrag eingebracht, daß die Gewährung von Subventionen für die Erhaltung der Bezirksstraßen an die Bedingung zu knüpfen ist, daß die Löhne der Straßeneinräumer monatlich mindestens 60 K betragen, daß sie gegen Krankheit versichert werden und eine nach der Länge der Dienstzeit abgestufte Pension bei Alter, Siechtum oder Unfall zugesichert bekommen. Dieser Antrag wurde ein Jahr später bei der Budgetberatung am 3. Oktober 1908 verhandelt. Der Finanz-Ausschuß hatte einen Antrag vorgelegt, unser Antrag sei dem Landes-Ausschusse zur Erhebung und Berichterstattung in der nächsten Session zu überweisen. Infolge meiner Ausführungen wurde mein Gegenantrag angenommen, daß der Antrag dem Landes-Ausschusse zur eventuellen

Durchführung im eigenen Wirkungskreise überwiesen werde. Der Landes-Ausschuß hat nun allerdings in seinem Tätigkeitsberichte für das Jahr 1908 berichtet: „Der Landes-Ausschuß hat hievon sämtliche Bezirks-Ausschüsse mit der Weisung in Kenntnis gesetzt, die Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu dieser Reform zu veranlassen und hierüber sowie über die Anzahl der in Diensten befindlichen Einräumer, die Höhe der dormaligen jährlichen Entlohnung, den Wert etwaiger Naturalbezüge und über etwa geplante zeitgemäße Regelung der Dienstfeinkommen sowie über etwa geplante Altersversorgung eingehend zu berichten.“

Ich sehe aus diesem Berichte, daß sich der Landes-Ausschuß tatsächlich mit den Bezirksausschüssen ins Einvernehmen gesetzt hat, um ihre Stellungnahme zu diesem Antrage zu erfahren. Es fehlt mir aber jede Kenntnis und aus dem Berichte ist dies auch nicht zu ersehen, welchen Erfolg diese Aktion bei den Bezirksausschüssen gehabt hat. Ich erlaube mir daher, an den Landes-Ausschuß die Anfrage zu stellen, welchen Effekt diese Anfrage bei den Bezirksvertretungen gehabt hat, ob nach irgend einer Richtung hin etwas zu Gunsten der Straßeneinräumer zur Durchführung der vorgeschlagenen Reformen geschehen ist. Sollte darüber die Auskunft erfolgen, daß noch keine Antwort eingelangt ist, dann würde ich mir vorbehalten, späterhin einen eigenen Antrag einzubringen. Ich glaube aber, daß es gewiß hoch an der Zeit ist, da wir diesen Antrag schon im Jahre 1907 eingebracht haben, daß die schlechten Verhältnisse der Straßeneinräumer gebessert werden.

Abg. Brečko (L. G. Cilli. — Beginnt seine Rede in slowenischer Sprache und setzt dieselbe deutsch fort): Hohes Haus! Die Straßen im Bezirke St. Marein sind nicht gerade die besten, da die armen Gemeinden nicht im stande sind, dieselben in gutem Zustande zu erhalten, beziehungsweise ordentlich beschottern zu lassen. Der Landes-Ausschuß hat den Bau einer Bezirksstraße II. Klasse Grobelno—Zibika—Pristova—St. Stephan—Rislinger im Bezirke St. Marein in Vormerkung genommen. Die generellen Erhebungen wurden von Landesbauamte geflogen und der technische Bericht, in welchem auch die Kosten annähernd angeführt sind, ist dem Bezirks-Ausschusse St. Marein zur Beschlußfassung übermittelt worden. Für diese Straße ist eine Landesubvention von 35.000 K in Aussicht gestellt. Der Bezirks-Ausschuß weigert sich aber, die zum Baue notwendigen Schritte einzuleiten, jedoch aus wichtigen Gründen. In dieser Gegend sind die Weingärten bereits neu regeneriert, aber leider infolge der schlechten Straßen ist die Ausfuhr mit großen Schwierigkeiten und Unkosten verbunden,

daher kommen Weinkäufer in diese Gegend überhaupt nicht. Dort sind auch noch große Mengen Weinvorräte vorhanden. Die Bevölkerung ist in großer Geldverlegenheit, sie kann jedoch den Wein sowie noch andere Produkte nicht verkaufen. Daran sind am meisten die schlechten Straßen schuld. Dieser Tage erhielt ich eine Zuschrift aus dem St. Mareiner Bezirk und erlaube mir, dieselbe vorzulesen (liest):

„Hohes Haus! Die Bewohner der Gemeinden Zibika, Roginska gorza, St. Stephan, der Umgebung Mestinje, Pristova, wohnen auf sehr weichem, nässigem Boden, bedürfen dringend einer guten Bezirksstraße.

Auf das Ansuchen der Gemeinde Zibika vom 22. März 1908, Zahl 229, hat der hohe Landes-Ausschuß durch das Landesbauamt die Strecke von Zibika bis zur Bezirksstraße in Pristova trassieren lassen und im Monate Juli 1909 diese Strecke unter die Bezirksstraßen aufgenommen, die mit entsprechender Subventionierung von Seite des Landes in den nächsten zehn Jahren ausgeführt werden sollten.

Da das Fehlen einer guten Straße den genannten Gegenden ungemein viel schadet in wirtschaftlichen, Kultur- und Gesundheits-Angelegenheiten, bitten die gefertigten Interessenten dringend:

Das hohe Haus wolle schon jetzt die im vorigen Jahre präliminierte 50prozentige Subvention von 35.000 K für die genannte Straße II. Klasse Zibika—Pristova in das Budget aufnehmen. Da sich nun der Bezirks-Ausschuß von St. Marein, in dessen Wirkungskreis sich die betreffende Straße befindet, aus nichtigen Gründen weigert, diese auszuführen, so wolle das hohe Haus dem Landes-Ausschuße auftragen, er möge urgieren, daß der Bezirks-Ausschuß von St. Marein mit dem Ausbau der Straße sofort beginnt und das umsomehr, da der Bezirks-Ausschuß von St. Marein, wie es aus dem Berichte des Landes-Ausschusses ersichtlich ist, diese einzige Straße in den nächsten zehn Jahren auszuführen hat.

Zibika, am 15. Jänner 1910.

Gemeindeamt Zibika: Gemeindeamt Linsko:

Franz Smole. Martin Ročevan.

Gemeindeamt Roginska gorza: Gemeindeamt St. Gemma:

Georg Smeh. J. Behovar.“

Dieser Bitte, dem Bau der Straße Zibika—Roginska gorza—St. Stephan, beim Bezirks-Ausschuße St. Marein bei Erlachstein kräftig zu urgieren, kann ich mich nur vollinhaltlich anschließen und befürworte auch meinerseits wärmstens die Urgenz beim Bezirks-Ausschuße St. Marein, daß er den Bau der obgenannten Straße in Angriff nehme.

Hohes Haus! Ich stelle einen Abänderungsantrag und beantrage namentliche Abstimmung. Der Abänderungsantrag lautet.

Abgeordneter Brečko stellt den Abänderungsantrag, daß der zu Kapitel IV, „Landeskultur“, Titel 1: „Straßen- und Eisenbahnbau“, Rubrik I, A. Ordentliches Erfordernis in den Voranschlag eingestellte Betrag von 457.000 K auf 500.000 K erhöht werde.

Ich stelle den Abänderungsantrag und beantrage die namentliche Abstimmung.

Landeshauptmann: Herr Abgeordneter Brečko hat den Antrag gestellt, es möge im Voranschlage Beilage Nr. 8, Kapitel IV, „Landeskultur“, Titel 1: „Straßen- und Eisenbahnbau“, die erste Post: A. Ordentliches, Beiträge für Erhaltung der Bezirksstraßen I. und II. Klasse, einschließlich der Objekts Herstellung und Reisekosten per 7000 K von 457.000 K auf 500.000 K, somit um 43.000 K erhöht werden.

(Dieser Abänderungsantrag wird genügend unterstützt.)

Abg. Reitter (St.-G. Radkersburg): Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Dr. Schacherl hat an den Landes-Ausschuß eine Anfrage gerichtet, was der Landes-Ausschuß über seinen Antrag bezüglich Lohnerhöhung und Pensionierung der Wegmacher verfügt habe. Es ist nicht meine Aufgabe, im Namen des Landes-Ausschusses eine Antwort darauf zu geben, aber weil der Gegenstand mit der Subventionierung der Bezirksstraßen zusammenhängt, muß ich darauf reflektieren. Meine Herren! Seit vielen Jahren haben die oststeirischen Bezirke besonders lebhaft darüber Klage geführt, daß bei den großen Auslagen, die sie infolge von Elementarereignissen an ihren Straßen haben, sie nicht in der Lage sind, von Seite der Bezirke allein diese Herstellungen zu machen, da die Subventionierungen aus dem Titel Bezirksstraßen viel zu gering seien. Nach langem Hin- und Herreden ist man im Jahre 1908 auf einen Verteilungsmodus gekommen und hat, um eine gerechte Aufteilung bei allen Bezirksstraßen herbeizuführen, die I. und II. Klasse zusammengeworfen und mit der Subventionierung der I. Klasse vollständig gebrochen, um den Bezirken in dieser Hinsicht soweit als möglich entgegenzukommen. Der Herr Abgeordnete Drnig hat sich bei der Aufstellung dieses Schlüssels sehr viel Mühe gegeben. Es sind eine Menge Berechnungen gemacht worden und endlich hat das hohe Haus einen Schlüssel angenommen, bei dem diese 457.000 K auf alle Bezirke nach Maßgabe der Aufwendungen für Straßen hätten verteilt

werden sollen. Nun zusammenhängend mit diesem Auftrage hat der Landes-Ausschuß den Bezirks-Ausschüssen eine Note hinausgegeben und schreibt (liest):

„Nachdem durch den Landtagsbeschluß vom 29. Oktober 1908, betreffend Änderung des Subventionsmodus für die Bezirksstraßen, den meisten Bezirken eine finanzielle Erleichterung zu teil wird, so werden auch finanziell minder günstig situierte Bezirke in der Lage sein, der Frage wegen bedarfsmäßiger Aufbesserung der Einräumerlöhnungen näher zu treten.“

Nun, meine Herren, dieser Subventionierungsmodus hat aber den meisten Bezirken eine große Enttäuschung gebracht. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß dieser Betrag von 457.000 K viel zu gering ist. Es wäre ein bedeutend größerer Betrag notwendig gewesen und deshalb, weil das, was der Landes-Ausschuß vermutet hat, daß durch die Zuwendung dieser Subvention den Bezirks-Ausschüssen ihre Aufgabe erleichtert werde und daß sie leichter in die Möglichkeit versetzt werden, den berechtigten Ansprüchen der Wegmacher auf Lohnerhöhung nachzukommen, nicht eingetreten ist, wären die Bezirke auch nicht in der Lage, so wie sie gern getan hätten, diesem Wunsche nachzukommen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit erwähnen, daß eben das Landesbauamt sich die Sache der Subventionierungen sehr leicht gemacht hat. Man hat gesehen, daß die Voranschläge der Bezirke weit größere Summen ausmachen, als wie man sie dem Verteilungsmodus von 457.000 K zu Grunde gelegt hat, und hat nicht genau untersucht, ob die einzelnen Bezirke richtig oder zu hoch präliminieren, sondern man hat ganz einfach bei sämtlichen Bezirken Steiermarks einen prozentuellen Abstrich gemacht und deshalb ist es gekommen, daß eine ganze Reihe von Bezirken bedeutend weniger Subvention bekommen haben für die Bezirksstraßen I. und II. Klasse, als sie früher für die Bezirksstraßen I. Klasse allein bekommen haben. (Rufe: „Sehr richtig!“)

Ich habe nur deshalb mich zum Worte gemeldet, weil ich darauf hinweisen wollte, daß es nicht die Schuld der Bezirke ist, wenn diesem Wunsche bezüglich Erhöhung der Wegeinräumerlöhne bisher nicht entsprochen wurde, weil die Bezirke tatsächlich bei diesen Verhältnissen nicht in der Lage sind, so weitgehende Zusicherungen den Wegmachern zu machen, wie sie von Seite der Herren verlangt werden.

Abg. Dzmec (L.-G. Pettau [spricht slowenisch]). (Abg. Drnig: „Das wird noch länger dauern, wenn Sie so lange reden!“ — Abg. Dr. Negri: „Wo ist das rote Schnieutüchel?“ — Abg. Novak: „Das brauchen wir nicht, wir halten's schon aus!“ — Abg.

Drnig: „Darf der Herr Pfarrer schon aufhören, Herr Dr. Korošec?“)

Landeshauptmann (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte die Herren, der Herr Abgeordnete Dzmec hat das Wort. (Abg. Dr. Negri: „Und das Wort ist Fleisch und Fett geworden.“) Ich bitte fortzusetzen.

Abg. Dzmec (spricht in slowenischer Sprache weiter und setzt in deutscher Sprache fort): Hoher Landtag! Bekanntlich ist unser Staat ein Agrarstaat, kein Industriestaat. (Abg. Dr. Negri: „Setzt ist er im Beichtstuhl!“) Kommen Sie näher, damit Sie es hören! Ein Agrarstaat deshalb, weil über 60 Prozent, im Unterlande über 70 Prozent sich mit der Landwirtschaft befassen. Wenn es auch nicht zu verkennen ist, daß eine blühende Industrie eine gar wichtige Rolle im Wohlstande des Staates spielt, so kann ich doch mit vollem Rechte behaupten, daß ein gut situiertes Bauernstand von größter Bedeutung für jeden Staat ist, denn der Bauernstand ist nicht bloß ein Lebensmittelproduzent, sondern er bildet auch eine Hauptquelle vielfach der Ernährung anderer Stände, und diesem Bauernstande geht es leider heutzutage nicht besonders gut. Er hat viel zu kämpfen um seine Existenz, deshalb haben in der neueren Zeit der Staat und das Land sich berufen gefühlt, diesem Stande zu Hilfe zu kommen, und schon hört man den Ruf, daß der Bauernstand, der Agrarstand, bevorzugt und den anderen Ständen vorgezogen wird. Doch wenn der Bauernstand der größte Stand im Lande und im Staate ist, so ist es auch Pflicht des Staates und des Landes, daß sie für den Bauer sorgen. Eine Landes-Agrarpolitik ist ersichtlich aus unserem Voranschlage. Einiges möchte ich nur hervorheben, was besonders unsere Untersteiermark anbelangt. Unsere Agrarpolitik sowie jede Agrarpolitik muß vor allem anderen darauf abzielen, daß es dem Bauern auf seinem Grund und Boden gut gehe, daß er ein gutes Auskommen finde, daß er sich und seine Familie von seinem Grundertrage ehrlich ernähren könne.

Fördernde Mittel hiezu wären: Die Erbauung von Bezirksstraßen und Bahnen, die Regulierung von Flüssen und Bächen und jene Uferschutzbauten, die eine Ermöglichung der Besserung der landwirtschaftlichen Gründe bilden. Was die Straßen und Bahnen anbelangt, so werden noch andere meiner engeren Klubgenossen ihre Wünsche vorbringen. Bloß einiges möchte ich noch erwähnen bezüglich der Regulierungen. Während man für die Flüsse und Bäche im Ober- und Mittellande genug Beiträge gibt, damit sie reguliert werden können, wird dem Unterlande gegenüber gewöhnlich sehr sparsam vor-

gegangen, wenn es sich um die Regulierung eines Flusses oder Baches handelt. Im Voranschlage finde ich nur zwei Posten, für die Regulierung der Pöbniß und der Drau, und doch hätten wir im Unterlande so viel Bedürfnis. Schon im Jahre 1908 hat der hohe Landtag beschlossen, daß ein Generalprojekt ausgearbeitet werden soll für die Drauregulierung. Wer die Drau kennt, der weiß, wieviel Krümmungen sie macht und wieviel Schäden sie anrichtet, und doch sind unsere besten Wiesen gerade an diesem Flusse und leider findet man im heurigen Voranschlage keinen Betrag eingestellt, damit man wenigstens in Aussicht stellen könnte, daß heuer diese Drauregulierung in Angriff genommen wird. Ebenso ist es mit der Sottlaregulierung. Schon im Jahre 1908, heißt es im Berichte, war das Generalprojekt fertig, aber heuer ist wieder kein Betrag im Voranschlage, der uns Hoffnung machen könnte, daß wir endlich einmal zur Regulierung dieses Flusses kommen werden.

Landeshauptmann (das Glockenzeichen gebend): Ich höre den Herrn Redner vom Wasserbau sprechen; vorläufig sind wir aber noch beim Straßen- und Eisenbahnbau, Wasserbau ist der nächste Punkt.

Abg. Dzmeč (fortfahrend): Ich hätte da auch eine Bitte vorzutragen. In Untersteiermark haben wir sehr wenig Bahnen. Das Ober- und Mittelland hat schon sehr viele Bahnen, aber im Unterlande haben wir sehr wenig und es wäre dort sehr notwendig, daß die Bahnen, die ja schon projektiert sind, ausgeführt werden, besonders die Bahn Luttenberg—Friedau, eine kurze Strecke von 18 Kilometer.

Diese Bahn hätte auch ein günstiges Terrain und würde durch fruchtbares Land führen, aber trotzdem ist diese Bahn noch immer nicht ausgebaut.

Auch Straßenbauten wären bei uns notwendig, besonders manche Straßenumlegungen auf dem oberen Draufelde. Da ist eine Straße von Pettau gegen Rohitsch; die geht über einen Berg, Maria-Neustift, und auf diesem Berge sind schon sehr viele Unglücksfälle geschehen, so daß es notwendig wäre, diese Straßenumlegung in Fluß zu bringen. (Zwischenruf: „Ist auf dem Berge keine Kirche?“ — **Abg. Brečko**: „Aber die Sozialdemokraten kommen nicht.“)

Landeshauptmann (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen, und den Herrn Redner bitte ich, beim Gegenstande zu bleiben.

Abg. Dzmeč (fortfahrend): Die Umlegung dieser Straße am Berge Maria-Neustift ist zwar unter jenen

Umlegungen, welche noch im laufenden Dezennium ausgeführt werden sollen, vorgesehen, und ich möchte bloß den Wunsch aussprechen, daß diese Umlegung bald vorgenommen werde. Eine ähnliche Anregung möchte ich auch vorbringen wegen der Umlegung der Straße über einen andern Berg. (**Abg. Dr. Negri**: „Welchen, den Schloßberg?“) Wenn Sie wollen, ja, auf der Straße von Pettau gegen Oberradkersburg. Ich kann nicht sagen, wie der Berg auf deutsch heißt. (**Abg. Drnig**: „Ich sage es Ihnen nicht, weil Sie mir auch nicht heraus helfen würden, wenn mir das gleiche passiert, aber es ist ja Wurst, reden Sie nur weiter, damit wir fertig werden.“ — **Abg. Dr. Negri**: „Wir möchten aber wissen, was das für ein Berg ist.“) Auf der Straße von Pettau nach Oberradkersburg ist er, und wenn Sie, Herr Doktor, dort hinfahren, werden Sie zu einem Berge kommen und die Straße auf diesem Berge soll eben umgelegt werden. (**Abg. Drnig**: „Ah so, der Grajschinzberg.“) Ferner ist eine Straße von St. Martin nach Wurmberg, die oft vom Grajenabach zerstört wird. Es müßte diese Straße an vielen Stellen gehoben werden und der Ausbau derselben ist dringend notwendig. Dann hätten wir eine andere Straße von St. Lorenzen nach Podoba, an der zahlreich bewohnte Ortschaften liegen. (**Abg. Dr. Negri**: „Diese Ortschaften müssen weg.“) Warum denn? Ich werde nun schließen und stelle zu Beilage 8, Kapitel IV, Titel 1, Rubrik II, den Abänderungsantrag: „Der im Voranschlage eingestellte Betrag von 16.000 K wird auf 16.100 K erhöht.“ In formeller Beziehung beantrage ich namentliche Abstimmung. (Nach einer Pause — **Abg. Dr. Benkovič**: „Ich bitte, Exzellenz, abstimmen zu lassen, es sind ja keine Herren mehr draußen.“ **Abg. Wastian**: „Wir haben andere Hausdiener hier und nicht Sie, Herr Benkovič.“)

Abg. Dr. Benkovič (L.-G. Cilli): Ich bitte um das Wort zur Geschäftsbehandlung. Ich beantrage Schluß der Sitzung und beantrage bei der Abstimmung um Konstatierung des Stimmenverhältnisses und ersuche, die Abstimmung sofort vorzunehmen. Die Pause, die notwendig war, um die Herren hereinzurufen, ist verstrichen. (**Abg. Wastian**: „Die Wähler sind um Ihre positive Arbeit zu beneiden.“) Das werden wir selbst ausmachen mit den Wählern. (**Abg. Franz**: „Die sind dumm genug, um Ihnen zu glauben.“)

Landeshauptmann: Ich habe gewartet, bis nachgesehen werden konnte, ob sich die Herren nicht in den verschiedenen Ausschusszimmern befinden. Darüber enthält die Geschäftsordnung eine nähere Bestimmung nicht.

(Abg. Dr. Benkovič: „Ich ersuche, die Abstimmung vorzunehmen.“ — Abg. Wastian: „Doch nicht auf Ihr Kommando.“) Die Verhandlung habe ich abgebrochen und habe eine Pause eintreten lassen, weil ich vor der Unterstützungsfrage über den Antrag des Abgeordneten Dzimec, da mir das Haus etwas leer schien, eine Auszählung des Hauses im kurzen Wege vornehmen lassen wollte. Es hat sich eben herausgestellt, daß, nachdem sich einige Herren entfernt haben, eine Unterstützungsfrage nicht gestellt werden konnte. Ich habe geläutet und glaube, daß jetzt wahrscheinlicherweise genug Herren im Hause anwesend sind.

Ich werde zuerst die Unterstützungsfrage hinsichtlich des Antrages des Abgeordneten Dzimec stellen. (Lebhafte Unruhe. — Abg. Dr. Negri: „Schwindelbände, bleib's draußen!“ — Abg. Brečko: „Wir haben ein Recht, hier zu sein.“ — Abg. Einspinner: „Rommödianten!“) Ich bitte, solche Zwischenrufe zu unterlassen. Der Herr Abgeordnete Dzimec hat den Antrag gestellt, es möge die Post im Voranschlage bei „Straßen- und Eisenbahnbauten“ Ordentliches Erfordernis, Rubrik II, „Beitrag zur Erhaltung der Rosenauerstraße für das Lauffatal“, von 16.000 K auf 16.100 K erhöht werden.

(Der Antrag wird genügend unterstützt.)

Herr Abgeordneter Dr. Benkovič hat sich zum Worte gemeldet und hat den Antrag auf Schluß der Sitzung gestellt.

Abg. Dr. Benkovič (L.-G. Gili): Ich beharre auf meinem Antrag auf Schluß der Sitzung und beantrage namentliche Abstimmung.

Landeshauptmann: Was den Antrag auf Schluß der Sitzung anlangt, glaube ich nicht verpflichtet zu sein, denselben zur Abstimmung zu stellen, weil die Einberufung der Sitzung und die Schließung der Sitzung nach der Geschäftsordnung dem Landeshauptmann übertragen ist, und so lange wir in einem so wichtigen Beratungsgegenstande, wie es der Voranschlag ist, sind, glaube ich, nicht auf den Wunsch eines Herrn Abgeordneten auf Schluß der Sitzung eingehen zu müssen. Ich werde also die Debatte fortführen (Lebhafter Beifall und Händeklatschen) und erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Rukovec das Wort.

Abg. Dr. Rukovec (M.-G. Praßberg): Hoher Landtag! Um die Verteilung der Ausgaben im Straßen- und Eisenbahnwesen kritisieren zu können, brauche ich keine nationalen Saiten anzuziehen, nämlich nicht slowenisch-nationale, wohl aber deutsch-nationale. Ich behauptete kürzlich, daß der steiermärkische Landtag auch

undeutsch gehandelt hat, indem er das Straßen- und Eisenbahnwesen in Untersteiermark so wenig beachtet und so wenig dafür getan hat, indem es ja in Ihrer Politik und in Ihren Organen immer heißt, daß das Deutschtum nichts anderes braucht als auf Grund seines Fleißes und seiner eigenen Tätigkeit für seine Industrie Absatzgebiete zu schaffen und Verkehrswege nach solchen zu ebnen. So ist es selbstverständlich, wenn eine so maßgebende Korporation wie der steiermärkische Landtag dem Deutschtum eben auf diese Weise zu helfen trachtet, daß sie Gebiete, die noch nicht erschlossen sind, durch günstige Straßenbauten mit deutschen Gebieten verbindet, um so die eigene Industrie und das eigene Gewerbe zum Aufblühen zu bringen. Ich glaube, daß Sie, wenn Sie in Untersteiermark in dieser Richtung Ihre Pflicht voll erfüllen würden, in demselben Maße auch Ihrer eigenen Nation nutzen würden, wie Sie das slowenische Volk in Bezug auf seine Forderungen zufriedenstellen würden.

Ich habe mir vorbehalten, bei der allgemeinen Erörterung des Voranschlages bei den einzelnen Abteilungen darauf zurückzukommen, um Ihnen ziffermäßig zu beweisen, daß es wirklich so ist und daß sich daran nichts rütteln und ändern läßt. Es ist Tatsache, daß das von den Slowenen bewohnte Unterland vernachlässigt wird, nicht nur in nationalen und kulturellen Belangen, sondern auch im Straßenwesen, was als rein volkswirtschaftliche Angelegenheit aufzufassen ist, und ich glaube, wenn die Verhältnisse in unserem politischen Leben normale wären, daß die deutschen Kollegen von Untersteiermark in diesem Landtage sich eines Sinnes mit uns erklären würden und eines Sinnes mit uns die Forderungen, die wir stellen, behaupten und befürworten würden. Für die Untersteiermark muß besonders auf dem Gebiete des Eisenbahn- und Straßenwesens mehr geschehen, denn das ist nicht nur im Interesse einer Nation, sondern im Gesamtinteresse aller, auch der deutschen Bevölkerung. Ich werde mich auf die Ziffern des Landesvoranschlages im Eisenbahn- und Straßenwesen berufen und was letztere anbelangt hervorheben, daß die Ziffern der Gesamtausgaben in Bezug auf die Verteilung auf das Ober-, Mittel- und Unterland dasjenige beweisen, was ich am Eingange behauptet habe, daß nämlich in dieser Richtung auf das Unterland um 37.000 K weniger veranschlagt ist als für Mittel- und Obersteiermark. Wir sehen, daß die Gesamtausgaben im Straßenwesen auf rund 121.000 K angesetzt sind, während für Mittel- und Obersteiermark ein Betrag von 355.000 K herauskommt. Wenn wir eine mathematische Verteilung, eine Dreiteilung vornehmen wollten, so würde der Quotient 159.000 K statt 121.000 K

für Untersteiermark lauten. Ich glaube also, daß Sie hier, wenn nicht andere Gesichtspunkte maßgebend waren, schon auf Grund der mathematischen Berechnung ersehen, daß Sie nicht gerecht und nicht gleichmäßig vorgegangen sind und ich glaube, daß das ein schwerer Vorwurf für die Majorität des Landtages ist, welchen zu rechtfertigen die Majorität in jeder gesetzgebenden Körperschaft wenigstens zum Scheine gezwungen wäre. Es bleibt Tatsache, daß für Untersteiermark 37.000 K im Landesvoranschlage für das Straßenwesen weniger vorkommen als bei Mittel- und Obersteiermark. Zu dem kommt noch der Umstand, daß in den früheren Perioden für Mittel- und Obersteiermark, wenn nicht daselbe, ein noch günstigeres Verhältnis gewesen ist. Ich glaube, daß man in Untersteiermark bezüglich der Unterstützung im Straßenwesen in derselben Weise vernachlässigt ist und in derselben Weise an Unterstützungen nichts vorgekehrt und nichts gearbeitet hat. Ich bitte, mich nicht so zu verstehen, daß ich Mittel- und Obersteiermark um die Straßen beneide; keineswegs ist das mein Standpunkt, weil ich nicht der Ansicht bin, daß es uns deshalb besser geht, wenn es Ihnen schlechter geht, wie gerade das Gegenteil richtig ist, daß Sie nicht gedeihen, wenn Sie uns vernachlässigen.

In volkswirtschaftlicher Beziehung ist dieser Grundsatz noch nicht zum Ausdruck gelangt, denn niemand hat ihn gebilligt.

Ich sage also, dieses Mißverhältnis, das wir hier in der Verteilung der Landesaussgaben in Bezug auf das Straßenwesen fühlen müssen, ist umso drückender, indem auch in früheren Jahren für die Untersteiermark fast nichts, in anderen Landesteilen doch etwas gesehen ist.

Ich werde die notwendigste Straßenlinie, die wir in Untersteiermark wünschen, besprechen. Hier handelt es sich um eine Straßenlinie, die nicht berücksichtigt ist, die auch in Ihrem Interesse liegen dürfte, nämlich die Verbindung des oberen Sannales von Leutsch nach Sulzbach zur kärntnerischen Landesgrenze. Bekanntlich oder unbekanntlich hat der Oberburger Bezirk sich an Straßenbauten so verschuldet, daß er kaum atmet und Umlagen für das Straßenwesen trägt, welche kein anderer Bezirk im Lande aufweist.

Auf diese Weise ist es gelungen, wenigstens den Teil der Straße bis nach Leutsch im oberen Sannale durchzuführen. Es ist dringend notwendig, diese Straßenstrecke, und zwar von Leutsch über Sulzbach über die kärntnerische Landesgrenze fortzusetzen. Der Fremdenverkehr ist für diesen schönsten und romantischsten Landesteil von der größten Bedeutung und es ist gar nicht ehrenvoll, daß besonders von diesem

Teile des Landes gegenüber dem Nachbarlande Kärnten gar keine regelrechte Verbindungsstraße besteht. Weiters kann ich noch einen ähnlichen Fall im Bezirke Franz anführen. Es ist das die Straße von Franz über Gomiško, Traßlau, Leutsch, welche alles zu wünschen übrig läßt und welche beim nächsten Straßenregulierungsplane jedenfalls in Berücksichtigung gezogen werden muß. Das gleiche gilt von der Verbindung von Schönstein mit Windischgraz, wo die Straße heute einen weiten Umweg macht und es vernünftiger wäre, diese Straße über Razbor von Schönstein nach Windischgraz auszuführen.

Ich habe gestern denselben wunden Punkt in Untersteiermark betont, wo die Deutschen durch ihre Obstruktion die Bezirksvertretungen zum Stillstehen gebracht haben, so daß die primitivsten wirtschaftlichen Angelegenheiten durch fünf Jahre hindurch nicht mehr erledigt werden können, wie zum Beispiel im Gyller Bezirke. Bekanntlich hat vor kurzem der Gyller Bezirkskommissär Dr. Breßler einen eigenmächtigen Beschluß, betreffend die Subventionierung der Gyller Wasserleitung, gefaßt, welcher vom Verwaltungsgerichtshofe als gesetzwidrig aufgehoben wurde. Auf dieser Grundlage bauend, redet sich nun der Bezirkskommissär fortwährend aus, er könne auch im Straßenwesen nichts tun, indem ihn eine prinzipielle Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes daran hindere. Es sei dies der Standpunkt, den der Verwaltungsgerichtshof bei der Wasserleitung in Gylli eingenommen hat. Auf diese Weise kommen wir dazu, daß eine Straßenlinie, die längst als perfekt angesehen wurde und wenigstens planmäßig die Verbindung über Gylli nach St. Martin im Rosental und ferner über Hochenegg nach Neuhaus nicht mehr in Berücksichtigung kommt und von dem maßgebendsten Faktor, der Bezirksvertretung, gar nicht bewilligt werden kann, indem die Bezirksvertretung durch die deutsche Obstruktion überhaupt nicht zusammentreten kann, um wirtschaftliche Fragen erledigen zu können. Ich glaube, meine Herren, wenn Sie die Obstruktion verdammen und sie nicht gutheißen, so sollten Sie wenigstens Ihren politischen Einfluß dahin ausüben, daß in Untersteiermark von Ihren Parteigenossen nicht auch in derselben schädigenden Weise Obstruktion getrieben wird wie im Gyller Bezirke und wie es in den Bezirken Friedau und Mann geschieht. Meine Herren, es werden sich manche Verhältnisse mit der Zeit kräftiger und stärker erweisen als die Mäuren dieser Politik, und wir werden sehen, daß dasjenige, was Sie hier nicht gutheißen, auch unten nicht gutgeheißen werden kann, und Sie werden, wenn Sie das Unterland nicht versumpfen lassen wollen, was die öffentlichen Verkehrswege anbelangt, dafür sorgen müssen, daß sich die Be-

zirksvertretungen konstituieren, denn es liegt in Ihrer Macht und ist von Ihrer Macht abhängig, ob dieser regierungslose, dieser revolutionäre Zustand noch länger dauert, oder ob es zu geordneten Verhältnissen kommt. Besonders vom Standpunkte der Mangelhaftigkeit unseres Straßenwesens ist die Tätigkeit unserer Bezirksvertretungen dringend zu wünschen und kann dieser regierungslose Zustand nicht länger dauern. Um in dieser Sache einen Punkt zu berühren, möchte ich bemerken, daß die Verbindung des Marktes St. Georgen mit Ponigl im Giller Bezirke eine denkbar schlechte ist, besonders die Verbindung von Ponigl—St. Veit nach St. Marein. Im Drazenburger Bezirke ist besonders in der Ortschaft Edelsbach der Zustand der Verkehrswege ein derart trauriger, daß im Lande ein zweiter Fall gleicher Art nicht vorkommt, und die Regulierung der Straße St. Veit—Planina ist gewiß notwendig und daher in das Programm der Straßenumlegungen aufzunehmen. Dasselbe gilt von der Linie von Rohitsch an der Sottla entlang an der steirisch-kroatischen Grenze, wo regelmäßige Verkehrswege überhaupt vermißt werden. Das sind nur einzelne Fälle, ich könnte aber noch viele Gravamina anführen, wo jeder Fachmann zugeben wird, daß das Straßenwesen in Steiermark dem Lande zur Schande gereicht und nicht zur Ehre, und wenn dies der Fall ist, so gereicht es auch der Landtagsmehrheit nicht zur Ehre. Ich sage nicht, daß sich das Land ohne weiters an die Straßenhauten begeben soll, es wird Ihnen jedoch die Strömung bekannt sein, die bei uns auf dem Gebiete des Straßenwesens vielfach befürwortet wird, die Straßen in höhere Kategorien einzureihen und den Bezirken seitens des Landes Unterstützungen zu gewähren, aber wir haben in dieser Beziehung sehr wenig erreicht und ich glaube, mit vollem Rechte den Standpunkt, den ich erwähnt habe, betonen zu können. Es liegt nicht nur im Interesse der dortigen Bevölkerung, sondern auch in Ihrem Interesse, günstigere Verkehrsbedingungen im Unterlande zu schaffen, weil dadurch gerade der Industrie und den Erzeugnissen derselben in die entlegensten Gegenden Eingang verschafft und der Volkswohlstand gehoben wird und im Lande beide Volksstämme davon profitieren können, wenn mit gleichen Mitteln dem Volkswohlstande günstig vorgearbeitet wird und wenn wenigstens dem Volke Gelegenheit gegeben wird, seine Produkte auszunützen und zu verwerten. Ich werde nun meine Ausführungen in dieser Richtung schließen und werde keinen bestimmten Antrag stellen, aber ich erwarte und hoffe mit Bestimmtheit, daß der Landes-Ausschuß und der Landtag diesen meinen Anregungen in der nächsten Zukunft nicht taub gegenüberstehen werden, sondern daß die erwähnten Straßen auch berücksichtigt werden. Heute ist hier wohl

ein unvorsichtiges Wort gefallen seitens der Majorität, indem die sogenannte Obstruktion seitens des slowenisch-klerikalen Klubs getadelt und gesagt wurde, zur Strafe kommt kein Heller mehr nach Untersteiermark und es wird kein Heller mehr für Untersteiermark bewilligt. Ich glaube wohl, daß sich die Majorität des Landtages in dieser Weise nicht offen aussprechen wird, weil sie es nicht kann und darf, aber die Majorität besitzt in ihrer Mitte ein Infant terrible, welches immer aus der Schule schwächt, und es ist dies der Herr Abgeordnete Einspinner, der dieses Wort geäußert hat. Ich glaube, wenn jemand demonstrieren wollte, wie die Untersteiermark brutalisiert, vergewaltigt und vernachlässigt wurde, so braucht man nichts anderes auszusprechen und nur auf einen Namen zu verweisen und dieser heißt Einspinner.

Abg. Novak (L.-G. Gonobitz — beginnt seine Rede in slowenischer Sprache und fährt dann in deutscher Sprache fort): Wer gebildet ist und wenn er was kann, wenn er reich und stark ist, der drückt nicht den Kleinen. (Setzt seine Rede in slowenischer Sprache fort und spricht dann deutsch):

Uns ist lieber ein Onkel, der uns etwas bringt, als eine Tante, die schön Klavier spielen kann. (Spricht slowenisch und fährt dann in deutscher Sprache fort): Unser Landes-Ausschuß ist wie so eine Tante, die schön Klavier spielt, aber nichts hergibt. (Spricht slowenisch und fährt deutsch fort): Für Straßen und Eisenbahnen bin ich, für andere Dummheiten nicht. Das ist für mich eine Dummheit, wenn man einen Betrag für Theaterbühnen einsetzt. Wer Bedürfnis hat, soll hingehen. Es spielt alles miteinander eine Rolle und Geld gehört zu diesem Gegenstande. Wenn ich über Straßen- und Eisenbahnbau spreche, so muß ich wissen, wenn ich dafür spreche und den Landes-Ausschuß bitte, daß der Landes-Ausschuß etwas im Säckel hat. Wenn Theaterspieler herkommen, da soll man sagen, ich kann nichts hergeben. Ich mache aufmerksam, meine Herren! (Spricht slowenisch und setzt dann in deutscher Sprache fort):

Hohes Haus! Ich weiß, wenn ich von heute bis morgen sprechen würde, daß es gleich ist, ob ich was spreche oder nicht.

Ich werde meine Rede in deutscher Sprache schließen und werde zur Beilage 8, Kapitel IV, Titel 1, Rubrik II, den Zusatzantrag stellen, daß diese Post von 16.000 K auf 18.000 K erhöht und darüber die namentliche Abstimmung eingeleitet werde.

(Der Antrag wird genügend unterstützt.)

Landeshauptmann: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Meško.

Abg. **Meško** (L.-G. Pettan, spricht slowenisch und setzt dann in deutscher Sprache fort): Hoher Landtag! Zum Schlusse erlaube ich mir, die Herren daran zu erinnern und das hohe Haus darauf aufmerksam zu machen, von welch eminenter Bedeutung die möglichst rasche Fortsetzung der Bahnstrecke Radkersburg—Luttenberg nach Friedau für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bezirke Luttenberg und Friedau wäre. Die Vorarbeiten sind ja schon durchgeführt, das Projekt ist spruchreif, es handelt sich nur um die Zustimmung des steiermärkischen Landtages zu einem angemessenen Geldebeitrag des Landes. Wie werden diese Gegenden aufblühen, von welch wohltuenden Folgen wäre diese Erschließung der Bezirke für die Hebung der Weinkultur, die ja in erster Hinsicht gepflegt wird und einen überaus edlen Tropfen erzeugt, der den Ruf des steirischen Weines unter dem Namen Luttenberger Wein begründet hat. Ich bitte daher das hohe Haus, diesem Bahnprojekte das größte Wohlwollen entgegenzubringen und den Bahnbau nach Kräften zu fördern. (Rufe: „Durch Obstruktion!“) In erster Linie durch den Eisenbahn-Ausschuß, welcher sich ja in der nächsten Zeit mit dieser Frage wird beschäftigen müssen, und einem gedeihlichen Beschlusse desselben möge ein solcher des hohen Hauses folgen.

Ich stelle den Abänderungs-Antrag (liest):

„Zu Beilage 8, Kapitel IV, Titel 1, B. Außerordentliches, Rubrik III, der in den Voranschlag eingestellte Betrag von 25.000 K wird auf 50.000 K erhöht.“

In formeller Beziehung beantrage ich die namentliche Abstimmung.

(Der Antrag wird genügend unterstützt.)

Landeshauptmann: Zum Worte gelangt nunmehr Herr Abgeordneter Terglav.

Abg. **Terglav** (L.-G. Gilli [spricht slowenisch]. Große Unruhe.)

Landeshauptmann (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Abg. **Terglav** (spricht in slowenischer Sprache weiter. [Große Unruhe]).

Landeshauptmann: Ich bitte, jenen Herrn beim Worte zu lassen, dem ich es erteilt habe. Es werden alle Herren Redner in der Reihenfolge, in der sie vorgemerkt sind, zum Worte gelangen. Ich bitte, der Herr Abgeordnete Terglav hat das Wort.

Abg. **Terglav** (spricht in slowenischer Sprache weiter. [Abg. Drnig: „Wir sind nicht bei der Vieh-

zucht, wir sind bei Straßenbau.“ — Rufe bei den Slowenen: „Können Sie slowenisch?“ — Abg. Drnig: „Ich kann nichts dafür, ich verstehe es halt.“])

Landeshauptmann (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte sehr, meine Herren, den Herrn Redner nicht immer zu unterbrechen!

Abg. **Terglav** (spricht in slowenischer Sprache weiter. [Abg. Dr. Negri: „Wenn die Herren nicht deutsch könnten, da würden sie nicht hier sitzen.“ — Abg. Dr. Benkovič: „Ich habe gesagt, wenn wir deutsch sprechen, bekommen wir auch nichts, also werden wir slowenisch sprechen.“ — Abg. Rejzel: „Es hilft Ihnen nichts, auch wenn Sie es noch so treuherzig sagen, ich verstehe es doch nicht.“ — Abg. Pichler: „Die unterhalten sich ganz gut miteinander.“])

Landeshauptmann (wiederholt das Glockenzeichen gebend): Ich habe wiederholt die Herren gebeten, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen. Es kommt jeder der Herren, wie er in der Rednerliste vorgemerkt ist, zum Worte.

Abg. **Terglav** (spricht in slowenischer Sprache weiter. [Abg. Pichler: „Es muß ihm eingesagt werden, was er weiter sprechen soll.“ — Abgeordneter Dr. Benkovič: „Er spricht über eine sehr wichtige Straße; Sie wissen es nicht, weil Sie sich nicht um unsere Forderungen kümmern.“ — Abg. Drnig: „Die Straße ist ja schon fertig.“ — Abg. Dr. Negri: „So einem Esel kann man überhaupt nicht helfen, der nicht schaut! Die Straßen allein machen es nicht aus!“])

Ich stelle den Abänderungs-Antrag, und zwar zu Beilage 8, Kapitel IV, Titel 1, B. Außerordentliches, Rubrik XVII, der in den Voranschlag eingestellte Betrag per 15.830 K wird auf 30.800 K erhöht. In formeller Beziehung beantrage ich die namentliche Abstimmung.

Landeshauptmann: Der Herr Abgeordnete Terglav hat den Abänderungs-Antrag gestellt zu Beilage 8, Kapitel IV, Titel 1, B. Außerordentliches, Rubrik XVII, den dort eingestellten Betrag, das ist der Beitrag für die Herstellung einer Straßenverbindung zwischen den Gemeinden St. Egydi bei Schwarzenstein, St. Andrä ob Heiligenstein im Bezirke Schönstein und Heiligenstein im Bezirke Franz, II. der drei Raten des Beitrages von 47.500 statt mit 15.830 mit 30.800 K einzusetzen.

(Der Antrag wird genügend unterstützt.)

Abg. **Pišek** (A. W. Gills [spricht in slowenischer Sprache und fährt dann deutsch fort]): Ich bin mit meinen Ausführungen zu Ende und erlaube mir, den Abänderungs-Antrag zu stellen, welcher lautet (liest):

„Abänderungs-Antrag des Abgeordneten **Pišek** zu Beilage Nr. 8, Kapitel IV, Titel 1, B. Außerordentliches, Rubrik IX, der im Voranschlage eingestellte Betrag per 4500 K wird auf 6000 K erhöht.“

In formeller Beziehung beantrage ich die namentliche Abstimmung.

Landeshauptmann: Der Herr Abgeordnete **Pišek** hat den Abänderungs-Antrag gestellt zu Beilage Nr. 8, Kapitel IV, Titel 1, B. Außerordentliches, Rubrik IX, den dort eingesezten Betrag von 4500 K auf 6000 K zu erhöhen. Diejenigen Herren, welche diesen Abänderungs-Antrag unterstützen wollen, bitte ich, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist genügend unterstützt und steht in Verhandlung. Zum Worte gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. **Verstovšek**. Ich erteile ihm dasselbe.

Abg. Dr. **Verstovšek** (L.-G. Windischgraz [spricht in slowenischer Sprache]):

Landeshauptmann: Entschuldigen, Herr Doktor, mir macht es den Eindruck, als ob Sie aus einer Zeitung etwas vorlesen würden.

Abg. Dr. **Verstovšek** (L.-G. Windischgraz): Ich bitte, das ist der Bericht des hohen Landes-Ausschusses über die in den nächsten zehn Jahren in Aussicht stehenden Veränderungen, betreffend die Straßen im Bezirke Gills.

Landeshauptmann: Dann bitte um Entschuldigung, wenn ich mich geirrt habe.

Abg. Dr. **Verstovšek** (L.-G. Windischgraz): Eben habe ich gesprochen über die Straßen im Gills Bezirk. Ich muß mich schónstens bedanken, daß mir Gelegenheit geboten wurde, Atem zu schöpfen. (Spricht wieder slowenisch weiter.) (Zwischenrufe seitens eines Galeriebesuchers. — Unruhe. — Abg. Dr. **Korošec**: „Ich bitte, Erzählen, wir werden von der Galerie behelligt.“ — Lärm.)

Landeshauptmann (wiederholt das Glockenzeichen gebend): Ich kann nur zum Worte gelangen, wenn so viel Ruhe im Hause ist, daß ich verstanden werde. Wenn ein Besucher der Galerie bekannt gibt, daß ihm unwohl sei, so ist es Menschenpflicht, sich nach ihm umzuschauen. Wenn aber zu befürchten ist, daß dieser Besucher der

Galerie vom Unwohlsein durch ein Glas Wasser nicht geheilt werden kann, so werde ich zwei Diener beauftragen, ihn aus dem Saale zu geleiten und die Rettungsgesellschaft in Kenntnis zu setzen, daß sie sich seiner annehme. (Neuerlicher Zwischenruf seitens eines Galeriebesuchers.) Ich kann nur bemerken, daß solche Zwischenrufe seitens der Galeriebesucher ganz unstatthaft sind. Die Herren muß ich jedoch um Ruhe bitten. Der Herr Abgeordnete Dr. **Verstovšek** hat das Wort.

Abg. Dr. **Verstovšek** (setzt seine Rede in slowenischer Sprache fort und beendet seine Ausführungen in deutscher Sprache). Ich erlaube mir dem hohen Hause zum Schluß noch einen Abänderungs-Antrag zu stellen zu der Beilage 8, Kapitel IV, Titel 1, B. Außerordentliches, Rubrik XXIX:

„Der im Voranschlage eingestellte Betrag per 21.836 K wird auf 25.670 K erhöht.“

In formeller Beziehung beantrage ich die namentliche Abstimmung. Damit habe ich geschlossen. (Rufe bei den Slowenen: „Živio.“)

Landeshauptmann: Ich habe die Unterstützungsfrage zu stellen. Der Herr Abgeordnete Dr. **Verstovšek** hat den Antrag gestellt zur Beilage 8, Kapitel IV, Titel 1, B. Außerordentliches, Rubrik XXIX, es möge der dort eingesezte Betrag von 21.836 K auf 25.670 K erhöht werden.

Diejenigen Herren, die diesen Abänderungs-Antrag unterstützen wollen, bitte ich, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

(Abg. Dr. **Korošec**: „Sind wir beschlußfähig?“ — Rufe: „Weitans, 51 Stimmen.“)

Der Antrag ist hinreichend unterstützt und steht in Verhandlung.

Zur Geschäftsbehandlung hat sich der Herr Abgeordnete **Resel** zum Worte gemeldet. Ich erteile ihm dasselbe.

Abg. **Resel** (A. W. Graz): Meine Herren! Ich habe mich zur Geschäftsbehandlung zum Worte gemeldet, um unsere Stellung zur jetzigen Art der Verhandlung des Landesvoranschlages kundzutun und einen diese unsere Stellung kennzeichnenden geschäftsordnungsmäßigen Antrag zu stellen.

Die von der slowenisch-kerikalen Partei jetzt geübte Behandlung des Landesvoranschlages ist zweifellos obstruktionistisch. Da eine Obstruktion doch nicht gut Selbstzweck sein kann, so wirft sich die Frage auf, welchen Zweck diese Obstruktion hat. Offenbar wollen die Herren ein Zugeständnis in nationaler oder wirtschaftlicher Be-

ziehung erzwingen. Wir sind im allgemeinen Gegner der Obstruktion, besonders aber Gegner einer Obstruktion wie die hier geübte, und deshalb auch dagegen, daß sie einen Erfolg hat.

Ich erkläre aber, daß, sofern diese Obstruktion von Erfolg wäre, auch für uns der Weg gewiesen wäre, auf welchem in diesem Hause etwas zu erreichen ist. Die Mehrheit des Hauses hat wiederholt von uns gestellte, bescheidene Forderungen abgelehnt. Wenn man nun wirklich nur durch Obstruktion die Berücksichtigung selbst der bescheidensten Forderungen erreichen kann, so werden auch wir unser Verhalten in Zukunft danach einrichten.

Hinsichtlich der Geschäftsordnung stelle ich den Antrag auf Schluß der Debatte über den in Verhandlung stehenden Titel 1 des Kapitels IV.

Abg. Dr. **Benkovič** (L.-G. Gili): Ich bitte um das Wort. Ich beantrage namentliche Abstimmung.

Landeshauptmann: Ich habe den Antrag auf Schluß der Debatte zuerst zur Abstimmung zu bringen. Über Schluß der Debatte ist eine namentliche Abstimmung nicht erforderlich. Es steht dem Ermessen des Vorsitzenden frei, die namentliche Abstimmung einzuführen oder nicht. Ich ersuche daher diejenigen Herren, welche für Schluß der Debatte sind, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschlecht.)

Der Antrag auf Schluß der Debatte ist angenommen. Zur Geschäftsbehandlung hat sich Herr Abgeordnete Dr. Benkovič zum Worte gemeldet. Ich erteile ihm daselbe.

Abg. Dr. **Benkovič** (L.-G. Gili): Hoher Landtag! Ich habe mich zur Geschäftsbehandlung zum Worte gemeldet, um die namentliche Abstimmung über den Antrag des Herrn Kollegen Kessel zu beantragen. Seine Excellenz der Herr Landeshauptmann hat mir erst, nachdem über den Antrag des Herrn Kollegen Kessel abgestimmt war, das Wort zur Geschäftsbehandlung erteilt. Nachdem ich daraus schließe, daß Seine Excellenz der Herr Landeshauptmann im Irrtum war, daß ich nicht zum Antrage des Herrn Kollegen Kessel, sondern sonst zur Geschäftsbehandlung mich zum Worte gemeldet habe, so will ich diese Vorgangsweise nicht weiter tadeln. Es wäre bestimmt eine Geschäftsordnungswidrigkeit, nachdem über jeden Antrag, welcher gestellt wurde und zur Abstimmung kommt, eine namentliche Abstimmung verlangt werden kann. Nachdem Seine Excellenz der Herr Landeshauptmann mir das Wort erst erteilt hat, nachdem über den Antrag des Kollegen Kessel bereits abgestimmt worden ist, so brauche ich nicht die Geschäfts-

ordnungswidrigkeit zu betonen, nachdem ein Mißverständnis vorliegt und auch diese Geschäftsordnungswidrigkeit nicht vorliegt. Für die Zukunft muß ich mich entschieden dagegen verwahren, daß mir, wenn ich mich zu einer Abstimmung zum Worte melde, das Wort verweigert werden sollte. Damit habe ich geschlossen.

Landeshauptmann: Nachdem der Antrag auf Schluß der Debatte angenommen wurde und nachdem nach unserer Geschäftsordnung sämtliche vor Annahme des Antrages auf Schluß der Debatte auf der Rednerliste vorgemerkten Herren Abgeordneten zum Worte gelangen müssen, so obliegt mir vorerst, die Rednerliste bekanntzugeben.

Es sind zum Worte gemeldet die Herren Abgeordneten Dr. Benkovič, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Jančovič, Brečko, Džmec, Novak, Meško, Teržlav, Dr. Rukovec, Pišek und Dr. Verstovšek.

Zum Worte gelangt nunmehr der Herr Abgeordnete Dr. Benkovič.

Abg. Dr. **Benkovič** (L.-G. Gili, spricht in slowenischer Sprache und setzt seine Rede in deutscher Sprache fort): Hohes Haus! Ich werde mir erlauben, zu der Vorlage, die in Verhandlung steht, einige Änderungs-Anträge zu stellen, und zwar (liest):

„1. Beilage 8, Kapitel IV, Titel 1, B. Außerordentliches, Rubrik XXIV. Ich bitte, den Kredit von 23.330 K auf 24.420 K zu erhöhen.

2. Zu Beilage 8, Kapitel IV, Titel 1, B. Außerordentliches, Rubrik XXXII, beantrage ich, den Kredit von 15.000 K auf 17.683 K zu erhöhen.

3. Ad Beilage 8, Kapitel IV, B. Außerordentliches, Rubrik XL, beantrage ich, die Kreditpost von 21.000 K auf 63.000 K zu erhöhen.

4. Ad Beilage 8, Kapitel IV, Titel 1, A. Ordentliches, Rubrik III, Post 2, beantrage ich, daß der Betrag per 5000 K einzustellen sei.

5. Ad Beilage 8, Kapitel IV, Titel 1, B. Außerordentliches, Rubrik XXXIII, beantrage ich, die Post per 4000 K auf 4500 K zu erhöhen.

6. Ad Beilage 8, Kapitel IV, Titel 1, B. Außerordentliches, Rubrik XXI, beantrage ich, die Post von 13.880 K auf 13.900 K zu erhöhen.

7. Ad Beilage 8, Kapitel IV, Titel 1, A. Ordentliches, Rubrik I, beantrage ich, daß der Betrag von 457.000 K auf 657.000 K, also um

200.000 K erhöht werde mit der Widmung der Erhöhung für das Unterland. (Rufe: „Zu wenig!“)

8. Ad Beilage 8, Kapitel IV, Titel 1, B. Außerordentliches, Rubrik III, beantrage ich, die Post von 25.000 K um 5000 K, also auf 30.000 K zu erhöhen.

Weiters beantrage ich über alle Abänderungs-Anträge die namentliche Abstimmung.“

Landeshauptmann: Der Herr Abgeordnete Dr. Benkovič hat den Antrag gestellt, es möge bei Beilage 8, Kapitel IV, Titel 1, bei den Außerordentlichen Ausgaben, Rubrik XXIV, der Betrag von 23.330 K auf 24.420 K erhöht werden.

(Der Antrag wird genügend unterstützt.)

Herr Dr. Benkovič hat ferner beantragt, bei demselben Titel auch unter B bei Post XXXII den eingestellten Betrag von 15.000 K auf 17.683 K zu erhöhen.

(Der Antrag wird genügend unterstützt.)

Desgleichen zum selben Kapitel, ebenfalls B. Außerordentliche Ausgaben, Post XL, ist beantragt, daß der eingestellte Betrag für den Draubrückenbau in der Gemeinde Pöbersch statt mit 21.000 K mit 63.000 K eingestellt werde.

(Dieser Antrag wird genügend unterstützt.)

Im selben Kapitel, Ordentliches Erfordernis, Rubrik III, Post 2, das ist Reisekosten in Straßensachen für Bezirksstraßen I. Klasse, ist ein Betrag nicht eingesetzt und ist beantragt, den Betrag von 5000 K einzusetzen.

(Der Antrag wird genügend unterstützt.)

Weiters wird bei den Außerordentlichen Ausgaben Post XXXIII, beantragt, dieselben von 4000 K auf 4500 K zu erhöhen. (Der Antrag wird genügend unterstützt. — Abg. Seidler: „Das ist eine Berufsstörung. Die Herren haben ja jetzt Feiertag. — Hoffentlich kommt auch das Licht über sie!“)

Bei Post XXI wird beantragt eine Erhöhung von 13.880 K auf 13.900 K. (Der Antrag wird

genügend unterstützt. — Abg. Wastian: „Ich bitte, auch dem religiösen Gefühle Rechnung zu tragen. Es ist ja Feiertag!“)

Ich bitte sehr, ich bin sofort fertig!

(Abg. Wastian: „Und wegen des Blasiussegens.“)

Bei Kapitel IV, Titel 1, ist im Voranschlag unter A. Ordentliches, Rubrik I, eingestellt ein Betrag von 457.000 K, der auf 657.000 K erhöht werden soll, mit der Widmung der Erhöhung von 200.000 K für das Unterland.

(Der Antrag wird genügend unterstützt.)

Endlich ist noch ein Antrag auf Abänderung bei Kapitel IV, Titel 1, B. Außerordentliches, Rubrik III, für Unvorhergesehenes, Hochwasserschäden auf Gemeindestraßen, den Beitrag von 25.000 K auf 30.000 K zu erhöhen.

(Der Antrag wird genügend unterstützt.)

In Anbetracht dessen, daß wir jetzt in einen Feiertag hinein unsere Sitzung fortsetzen müßten und dies nicht parlamentarische Gepflogenheit ist, gedenke ich, die Verhandlung abubrechen und zum Schlusse der Sitzung zu schreiten.

Ist für heute noch etwas zu bemerken? Wenn dies nicht der Fall ist, werde ich, wie gesagt, zum Schlusse der Sitzung schreiten und ersuche, die nächste Sitzung mir festzusetzen zu gestatten für Donnerstag den 3. Februar 1910, vormittags 10 Uhr, und als

Tagesordnung

würde anzunehmen sein die Fortsetzung der Beratung über den Voranschlag, das heißt des Berichtes des Finanz-Ausschusses zu dem Voranschlage, Beilage Nr. 296.

Ist hinsichtlich des von mir für die Abhaltung der nächsten Sitzung in Vorschlag gebrachten Tages, der für den Beginn der Sitzung in Aussicht genommenen Stunde und der mitgeteilten Tagesordnung etwas zu bemerken? (Nach einer Pause:) Wenn sich keiner der Herren zum Worte meldet, so bleibt es dabei.

Ich erkläre nunmehr die Sitzung für geschlossen.

(Lebhafte Heilrufe seitens der deutschnationalen Abgeordneten. Rufe: „Heil unserem Vorsitzenden!“)

(Schluß der Sitzung 12 Uhr 5 Minuten nachts.)